Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3992
12.05.80

Sachgebiet 826

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 23. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit

A. Zielsetzung

Durch das Abkommen soll im Bereich der gesetzlichen Kranken-, Unfall- und Rentenversicherungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland der soziale Schutz der beiderseitigen Staatsangehörigen sichergestellt und koordiniert werden für den Fall, daß sie sich im anderen Staat aufhalten.

B. Lösung

Das Abkommen beruht auf der Grundlage der Gegenseitigkeit und begründet Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens. Es enthält die Grundsätze der Gleichbehandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen und der uneingeschränkten Leistungsgewährung bei Aufenthalt der betroffenen Personen im anderen Vertragsstaat. Im Bereich der Kranken- und Unfallversicherung ist vorgesehen, daß den Versicherten – u. a. auch Touristen – beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Leistungen aushilfsweise vom dortigen Träger der Krankenversicherung oder des Gesundheitsdienstes bzw. vom dortigen Träger der Unfallversicherung gewährt werden. Ferner ist vorgesehen, daß in der deutschen und finnischen Rentenversicherung zurückgelegte Versicherungszeiten zusammenzurechnen sind, soweit dies für die Erfüllung des Leistungsanspruchs erforderlich ist.

C. Alternativen

keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Druck: Bundesdruckerei Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2 (Bad Godesberg), Telefon (02 28) 36 35 51

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
14 (43) – 806 06 – So 105/80

Bonn, den 9. Mai 1980

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 23. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit mit Begründung.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Der Wortlaut des Abkommens in deutscher und finnischer Sprache, ein Schlußprotokoll und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigefügt.

Federführend ist der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.

Der Bundesrat hat in seiner 486. Sitzung am 9. Mai 1980 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Schmidt

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 23. April 1979 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Helsinki am 23. April 1979 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die den Allgemeinen Ortskrankenkassen durch die Gewährung von Sachleistungen nach den Artikeln 13, 14, 16 und 21 des Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland entstandenen Kosten sind auf die deutschen Träger der Krankenversicherung im Verhältnis der durchschnittlichen Mitgliederzahl des Vorjahres mit Ausnahme der Rentner umzulegen. Die Umlage führt der Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle durch.

(2) Führt die Vorschrift des Artikels 16 Abs. 3 des Abkommens für einen deutschen Träger der Krankenversicherung zu einer außergewöhnlichen Entlastung, so kann der Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle im Einvernehmen mit den übrigen Spitzenverbänden der Träger der Krankenversicherung diesem Träger auferlegen, den Betrag der außergewöhnlichen Entlastung dem Bundesverband der Ortskrankenkassen als Verbindungsstelle zur Minderung der Gesamtumlage nach Absatz 1 zuzuführen.

Artikel 3

(1) In den Fällen, in denen nach Artikel 21 Abs. 1 und 2 des Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland ein Träger der Krankenversicherung Sachleistungen gewährt, haben ihm die deutschen Träger der Unfallversicherung die Kosten für diese Leistungen in entsprechender Anwendung des § 1504 der Reichsversicherungsordnung zu erstatten.

(2) Die Kosten werden zu gleichen Teilen auf alle Träger der Unfallversicherung umgelegt. Dies gilt auch für die Aufwendungen der Unfallversicherungsträger nach Artikel 21 Abs. 3 des Abkommens und Nummer 15 des Schlußprotokolls zum Abkommen. Die Erstattung und Umlage führt der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V. als Verbindungsstelle für die Unfallversicherung durch.

Artikel 4

Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates Vereinbarungen zur Durchführung des Abkommens in Kraft zu setzen oder in Ermangelung solcher Vereinbarungen das Nähere zu regeln. Dabei können zur näheren Anwendung und Durchführung des Abkommens insbesondere über folgende Gegenstände Regelungen getroffen werden:

1. Aufklärungs-, Anzeige- und Mitteilungspflichten sowie das Bereitstellen von Beweismitteln zwischen den in Artikel 29 Abs. 1 des Abkommens genannten Stellen sowie zwischen diesen und den betroffenen Personen,
2. das Ausstellen, die Vorlage und Übermittlung von Bescheinigungen sowie die Verwendung von Vordrucken,
3. das Verfahren beim Erbringen von Geld- und Sachleistungen,
4. die Erstattung von Krankheitskosten, wenn die Leistungen auf eigene Rechnung in Anspruch genommen werden,
5. die Zuständigkeit der Versicherungsträger oder anderer in Artikel 29 Abs. 1 des Abkommens genannter Stellen.

Artikel 5

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt. Rechtsverordnungen, die auf Grund dieses Gesetzes erlassen werden, gelten im Land Berlin nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes.

Artikel 6

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 43 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, da durch das Vertragsgesetz in Verbindung mit dem Abkommen das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden geregelt wird.

Zu Artikel 2

In den in Absatz 1 genannten Fällen der Artikel 13, 14, 16 und 21 des Abkommens erhalten die nach den Rechtsvorschriften über die Kranken- und Unfallversicherung eines Vertragsstaates versicherten Personen bei einem Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen im Krankheitsfalle vom dortigen Träger der Krankenversicherung, in der Bundesrepublik Deutschland von den Allgemeinen Ortskrankenkassen. Aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung erfolgt nach Artikel 16 Abs. 3 des Abkommens keine Kostenerstattung zwischen den deutschen und finnischen Trägern der Krankenversicherung. Artikel 2 sieht für diese Fälle bei der Gewährung von Leistungen durch die Allgemeinen Ortskrankenkassen eine Umlage unter den deutschen Trägern der Krankenversicherung vor, durch die die Lasten auf diese verteilt werden.

Absatz 2 sieht die Möglichkeit vor, daß ein deutscher Träger der Krankenversicherung eine im Vergleich zu anderen Trägern der Krankenversicherung außergewöhnliche Entlastung auszugleichen hat, die für ihn dadurch entstehen kann, daß ein finnischer Träger der Krankenversicherung aushilfsweise für den deutschen Träger Sachleistungen erbringt.

Zu Artikel 3

In den in Absatz 1 genannten Fällen des Artikels 21 Abs. 1 und 2 des Abkommens erhalten nach den Rechtsvorschriften über die Unfallversicherung des einen Vertragsstaates versicherte Personen beim Aufenthalt im anderen Vertragsstaat aushilfsweise Sachleistungen vom Träger des Aufenthaltsortes, in der Bundesrepublik Deutschland von den Allgemeinen Ortskrankenkassen. Absatz 1 sieht für diese Fälle eine Lastenverteilung zwischen der Krankenversicherung und der Unfallversicherung entsprechend der innerstaatlichen Regelung des § 1504 der Reichsversicherungsordnung vor.

Da nach Artikel 21 Abs. 5 des Abkommens aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung keine Kostenerstattung zwischen den deutschen und finnischen Trägern der Unfallversicherung erfolgt, sieht Absatz 2 vor, daß die Kosten für die Sachleistungen zu gleichen Teilen auf alle deutschen Träger der gesetzlichen Unfallversicherung umgelegt werden. Im Vergleich zu diesem pauschalen Umlageverfahren würde ein differenzierterer Umlageschlüssel einen zu großen Verwaltungsaufwand erfordern. Diese Regelung gilt auch bei unmittelbarer Gewährung von Sachleistungen nach Nummer 15 des Schlußprotokolls zum Abkommen und von Berufshilfe nach Artikel 21 Abs. 3 des Abkommens durch die deutschen Träger der Unfallversicherung.

Zu Artikel 4

Mit dieser Vorschrift soll die Bundesregierung ermächtigt werden, auf dem Wege der Rechtsverordnung alles Erforderliche zur Durchführung des Abkommens zu tun. Dabei kann es sich um die Inkraftsetzung von Durchführungsvereinbarungen zwischen den Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder um autonome innerstaatliche Regelungen handeln.

Zu Artikel 5

Das Abkommen soll auch im Land Berlin gelten; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 43 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit

Sopimus sosiaaliturvasta Saksan Liittotasavallan ja Suomen Tasavallan välillä

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Finnland

IN DEM WUNSCHE, ihre Beziehungen im Bereich der Sozialen Sicherheit zu regeln,

haben folgendes vereinbart:

Abschnitt I
Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

1. „Rechtsvorschriften"
   die Gesetze, Verordnungen, Satzungen und sonstige allgemein rechtsetzende Akte, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige der Sozialen Sicherheit beziehen;
2. „zuständige Behörde"
   in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung,
   in bezug auf die Republik Finnland das Sozial- und Gesundheitsministerium;
3. „Träger"
   die Einrichtung oder die Behörde, der die Durchführung in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneter Rechtsvorschriften obliegt;
4. „zuständiger Träger"
   den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften zuständigen Träger;
5. „Beschäftigung"
   eine Beschäftigung oder Tätigkeit im Sinne der anzuwendenden Rechtsvorschriften;
6. „Versicherungszeiten"
   die Beitragszeiten, die Beschäftigungszeiten oder die Zeiten des gewöhnlichen Aufenthalts, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als Versicherungszeiten bestimmt oder anerkannt sind, ferner Zeiten, soweit sie in diesen Rechtsvorschriften als den Versicherungszeiten gleichwertig anerkannt sind;
7. „Geldleistung" oder „Rente"
   eine Geldleistung oder Rente einschließlich aller Zuschläge, Zuschüsse und Erhöhungen.

(2) Bei der Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem betreffenden Recht dieses Staates zukommt.

Saksan Liittotasavalta
ja
Suomen Tasavalta

TOIVOMUKSENAAN järjestää suhteensa sosiaaliturvan alalla

ovat sopineet seuraavaa:

I Osasto
Yleisiä määräyksiä

1 artikla

1) Tässä sopimuksessa tarkoittaa käsite

1. "lainsäädäntö"
   lakeja, asetuksia, säännöksiä ja muita yleisiä oikeudellisia määräyksiä, jotka koskevat 2 artiklan 1 kappaleessa mainittuja sosiaaliturvan aloja;
2. "asianomainen viranomainen"
   Saksan Liittotasavallan osalta liittovaltion työ- ja sosiaaliministeriä,
   Suomen Tasavallan osalta sosiaali- ja terveysministeriötä;
3. "vakuutuselin"
   julkista laitosta tai viranomaista, joka vastaa 2 artiklan 1 kappaleessa mainitun lainsäädännön täytäntöönpanosta;
4. "asianomainen vakuutuselin"
   vakuutuselintä, joka sovellettavan lainsäädännön mukaan on asianomainen vakuutuselin;
5. "työskentely"
   sovellettavassa lainsäädännössä tarkoitettua työsuhdetta tai ansiotoimintaa;
6. "vakuutuskaudet"
   maksu-, työskentely- tai asumiskausia, jotka siinä lainsäädännössä, jonka mukaan kaudet on täytetty, määritellään tai katsotaan vakuutuskausiksi, sekä muita kausia, mikäli ne mainitussa lainsäädännössä katsotaan samanarvoisiksi vakuutuskausien kanssa;
7. "rahasuoritus" tai "eläke"
   rahasuoritusta tai eläkettä mukaan lukien kaikki lisät ja korotukset.

2) Sopimusta sopimusvaltiossa sovellettaessa on jokaisella sanonnalla, jota ei ole nimenomaan määritelty ja jonka osalta asiayhteydestä ei muuta johdu, se merkitys, joka sillä on tämän valtion asianomaisen lainsäädännön mukaan.

Artikel 2

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, bezieht es sich

1. auf die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über
   a) die Krankenversicherung sowie den Schutz der erwerbstätigen Mutter, soweit sie die Gewährung von Geld- und Sachleistungen durch die Träger der Krankenversicherung zum Gegenstand haben;
   b) die Unfallversicherung;
   c) die Rentenversicherung und die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung;
   d) die Altershilfe für Landwirte;
2. auf die Rechtsvorschriften der Republik Finnland über
   a) die Krankenversicherung und die Mutterschaftshilfe sowie die Sachleistungen der Volksgesundheit und der Krankenhäuser;
   b) die Unfall- und Berufskrankheitenversicherung;
   c) die Rentenversicherung einschließlich der Beschäftigtenrentensysteme und der Volksrenten- und Allgemeinen Familienrentenversicherung.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens finden die Rechtsvorschriften keine Anwendung, die sich für einen Vertragsstaat aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder aus überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen.

Artikel 3

(1) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, gilt es für die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten, andere Personen, für welche die Rechtsvorschriften eines der Vertragsstaaten gelten oder galten und Personen, die ihre Rechte von einer der vorher genannten Personen ableiten.

(2) Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, stehen folgende Personen, die sich in einem Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten, bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates dessen Staatsangehörigen gleich:

a) Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates,
b) Flüchtlinge im Sinne des Artikels 1 des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Januar 1967 zu dem genannten Abkommen,
c) Staatenlose im Sinne des Artikels 1 des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Staatenlosen vom 28. September 1954,
d) andere Personen hinsichtlich der Rechte, die sie von einem Staatsangehörigen eines Vertragsstaates, einem Flüchtling oer einem Staatenlosen im Sinne dieses Artikels ableiten.

Artikel 4

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, werden Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates den Staatsangehörigen des anderen Vertragsstaates, die sich außerhalb der Vertragsstaaten gewöhnlich aufhalten, unter denselben Voraussetzungen erbracht wie den sich dort gewöhnlich aufhaltenden Staatsangehörigen des ersten Vertragsstaates.

Artikel 5

Soweit die Artikel 6 bis 10 nichts anderes bestimmen, richtet sich die Versicherungspflicht einer Person

1. nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland, wenn sie sich dort gewöhnlich aufhält oder, in bezug

2 artikla

1) Mikäli tässä sopimuksessa ei toisin määrätä, tätä sovelletaan

1. Saksan Liittotasavallan lainsäädäntöön, joka koskee
   a) sairausvakuutusta ja ansiotyössä käyvien äitien turvaa, sikäli kuin siinä määrätään sairausvakuutuksen vakuutuselinten rahasuoritusten ja sairaanhoidon myöntämisestä;
   b) tapaturmavakuutusta;
   c) eläkevakuutusta ja kaivosteollisuustyöntekijöiden lisävakuutusta;
   d) maanviljelijöiden vanhuusavustusta.
2. Suomen Tasavallan lainsäädäntöön, joka koskee
   a) sairausvakuutusta ja äitiysavustusta sekä kansanterveys- ja sairaalapalveluja;
   b) tapaturma- ja ammattitautivakuutusta;
   c) eläkevakuutusta mukaan luettuina työeläkejärjestelmät ja kansaneläke- ja yleinen perhe-eläkevakuutus.

2) Tätä sopimusta sovellettaessa ei oteta huomioon sellaista sopimusvaltion lainsäädäntöä, joka johtuu sopimusvaltion jonkin muun valtion kanssa tekemästä sopimuksesta tai ylivaltiollisesta oikeudesta tai joka tarkoittaa sellaisen sopimuksen täytäntöönpanoa tai oikeuden soveltamista.

3 artikla

1) Mikäli tässä sopimuksessa ei toisin määrätä, tätä sovelletaan sopimusvaltioiden kansalaisiin, muihin henkilöihin, jotka kuuluvat tai ovat kuuluneet jommankumman sopimusvaltion lainsäädännön piiriin, sekä henkilöihin, jotka johtavat oikeutensa jostakin tässä tarkoitetusta henkilöstä.

2) Mikäli tässä sopimuksessa ei toisin määrätä, rinnastetaan sopimusvaltion lainsäädäntöä sovellettaessa tämän valtion kansalaisiin tässä sopimusvaltiossa asuvat seuraavat henkilöt:

a) toisen sopimusvaltion kansalaiset;
b) pakolaiset, joita tarkoitetaan pakolaisten oikeudellista asemaa koskevan, 28 päivänä heinäkuuta 1951 tehdyn sopimuksen 1 artiklassa ja mainittuun sopimukseen liittyvässä 31 päivänä tammikuuta 1967 tehdyssä pöytäkirjassa;
c) kansalaisuudettomat henkilöt, joita tarkoitetaan kansalaisuudettomien oikeusasemaa koskevan 28 päivänä syyskuuta 1954 tehdyn sopimuksen 1 artiklassa;
d) muut henkilöt niiden oikeuksien osalta, jotka he johtavat sopimusvaltion kansalaisesta tai tässä artiklassa tarkoitetusta pakolaisesta tai kansalaisuudettomasta henkilöstä.

4 artikla

Mikäli tässä sopimuksessa ei toisin määrätä, sopimusvaltion lainsäädännön mukaiset suoritukset maksetaan toisen sopimusvaltion kansalaisille, jotka asuvat sopimusvaltioiden ulkopuolella, samoin edellytyksin kuin siellä asuville ensiksi mainitun sopimusvaltion kansalaisille.

5 artikla

Mikäli 6-10 artiklassa ei toisin määrätä, määräytyy henkilöä koskeva vakuutusvelvollisuus

1. Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan, jos henkilö asuu siellä tai, kun kysymys on työeläkevakuutuk-

auf die Beschäftigtenrentenversicherung, die Unfall- und Berufskrankheitenversicherung, wenn sie dort beschäftigt ist;

2. nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, wenn sie dort beschäftigt ist;

richtet sich die Versicherungspflicht nach dem Ort der Beschäftigung, so ist dieser auch dann maßgebend, wenn sich der Arbeitgeber im anderen Vertragsstaat befindet.

sesta ja tapaturma- ja ammattitautivakuutuksesta, jos henkilö työskentelee siellä;

2. Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan, jos henkilö työskentelee siellä;

milloin vakuutusvelvollisuus määräytyy työskentelypaikkakunnan mukaan, on paikkakunta määräävä myös, jos työnantaja on toisessa sopimusvaltiossa.

Artikel 6

Wird ein Arbeitnehmer, der in einem Vertragsstaat beschäftigt ist, im Rahmen dieses Beschäftigungsverhältnisses von seinem Arbeitgeber in den anderen Vertragsstaat entsandt, um dort eine Arbeit für diesen Arbeitgeber auszuführen, so gelten bis zum Ende des zwölften Kalendermonats nach der Entsendung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wäre er noch dort beschäftigt.

6 artikla

Jos sopimusvaltiossa työskentelevä työntekijä lähetetään työnantajansa toimesta toiseen sopimusvaltioon työskentelmään siellä saman työsuhteen puitteissa tälle työnantajalle, sovelletaan ensiksi mainitun sopimusvaltion lainsäädäntöä vakuutusvelvollisuuden osalta lähettämistä seuraavan kahdentoista kalenterikuukauden kauden päättymiseen saakka, ikään kuin työntekijä työskentelisi jatkuvasti tässä sopimusvaltiossa.

Artikel 7

(1) Für die Besatzung eines Seeschiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge es führt.

(2) Wird ein Arbeitnehmer, der sich in einem Vertragsstaat gewöhnlich aufhält, vorübergehend auf einem Seeschiff, das die Flagge des anderen Vertragsstaates führt, von einem Arbeitgeber beschäftigt, der seinen Sitz im ersten Vertragsstaat hat und nicht Eigentümer des Schiffes ist, so gelten in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates, als wäre er dort beschäftigt.

7 artikla

1) Merialuksen miehistöön samoin kuin muihin aluksessa muutoin kuin tilapäisesti työskenteleviin henkilöihin sovelletaan vakuutusvelvollisuuden osalta sen sopimusvaltion lainsäädäntöä, jonka lippua alus käyttää.

2) Jos sopimusvaltiossa asuva työntekijä tilapäisesti työskentelee toisen sopimusvaltion lippua käyttävässä merialuksessa työnantajalle, jonka kotipaikka on ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa ja joka ei ole aluksen omistaja, sovelletaan vakuutusvelvollisuuden osalta ensiksi mainitun sopimusvaltion lainsäädäntöä ikään kuin työntekijä työskentelisi siellä.

Artikel 8

Die Artikel 5 bis 7 und 10 gelten entsprechend für Personen, die nicht Arbeitnehmer sind, auf die sich jedoch die in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften beziehen.

8 artikla

Vastaavasti 5-7 ja 10 artiklaa sovelletaan henkilöihin, jotka eivät ole työntekijöitä, mutta joita 2 artiklassa mainittu lainsäädäntö kuitenkin koskee.

Artikel 9

(1) Wird ein Staatsangehöriger eines Vertragsstaates von diesem oder einem Mitglied oder einem Bediensteten einer amtlichen Vertretung dieses Vertragsstaates im anderen Vertragsstaat beschäftigt, so gelten für die Dauer der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so, als wäre er dort beschäftigt.

(2) Hat sich ein in Absatz 1 genannter Arbeitnehmer vor Beginn der Beschäftigung gewöhnlich in dem Beschäftigungsland aufgehalten, so kann er binnen drei Monaten nach Beginn der Beschäftigung in bezug auf die Versicherungspflicht die Anwendung der Rechtsvorschriften des Beschäftigungslandes wählen. Die Wahl ist gegenüber dem Arbeitgeber zu erklären. Die gewählten Rechtsvorschriften gelten vom Tage der Erklärung ab.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend für in Absatz 1 genannte Arbeitnehmer, die von einem anderen öffentlichen Arbeitgeber beschäftigt werden.

9 artikla

1) Milloin sopimusvaltion kansalainen työskentelee tämän valtion tai sen virallisen edustuston virkamiehen tai toimihenkilön palveluksessa toisessa sopimusvaltiossa, sovelletaan työskentelyaikana vakuutusvelvollisuuden osalta ensiksi mainitun sopimusvaltion lainsäädäntöä ikään kuin henkilö työskentelisi siellä.

2) Mikäli 1 kappaleessa mainittu työntekijä on ennen työsuhteen alkamista asunut työskentelymaassa, hän voi kolmen kuukauden aikana työsuhteen alkamisesta valita sovellettavaksi vakuutusvelvollisuuden osalta työskentelymaan lainsäädännön. Valinnasta on ilmoitettava työnantajalle. Valittua lainsäädäntöä sovelletaan ilmoituspäivästä lähtien.

3) Vastaavasti 1 ja 2 kappaletta sovelletaan 1 kappaleessa mainittuihin työntekijöihin, jotka ovat jonkin muun julkisoikeudellisen työnantajan palveluksessa.

Artikel 10

Auf gemeinsamen Antrag des Arbeitnehmers und des Arbeitgebers oder auf Antrag der gleichgestellten Person im Sinne des Artikels 8 kann die zuständige Behörde des Vertragsstaates, dessen Rechtsvorschriften nach den Artikeln 5 bis 9 anzuwenden wären, die Befreiung von diesen Rechtsvorschriften zulassen, wenn die in Betracht kommende Person den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates unterstellt wird. Bei der Entscheidung ist auf die Art und die Umstände der Beschäftigung Bedacht zu nehmen. Vor der Entscheidung ist der zuständigen

10 artikla

Työntekijän ja työnantajan tai 8 artiklassa tarkoitetun vastaavassa asemassa olevan henkilön yhteisestä hakemuksesta voi asianomainen viranomainen siinä sopimusvaltiossa, jonka lainsäädäntöä olisi sovellettava 5-9 artiklan mukaan, myöntää vapauttamisen tästä lainsäädännöstä ehdolla, että kysymyksessä oleva henkilö tulee toisen sopimusvaltion lainsäädännön piiriin. Päätöstä tehtäessä on otettava huomioon työn laatu ja työskentelyolosuhteet. Ennen päätöksentekoa on toisen sopimusvaltion asianomaiselle viranomaiselle annettava tilaisuus

Behörde des anderen Vertragsstaates Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Ist der Arbeitnehmer nicht in diesem Vertragsstaat beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem er zuletzt vorher beschäftigt war. War er vorher nicht in diesem Vertragsstaat beschäftigt, so gilt er als an dem Ort beschäftigt, an dem die zuständige Behörde dieses Vertragsstaates ihren Sitz hat.

tulla kuulluksi. Jos työntekijä ei työskentele viimeksi mainitussa sopimusvaltiossa, katsotaan hänen työskentelevän sillä paikkakunnalla, missä hän työskenteli viimeksi. Jos hän ei ole aikaisemmin työskennellyt tässä sopimusvaltiossa, hänen katsotaan työskentelevän sillä paikkakunnalla, missä tämän sopimusvaltion asianomaisella viranomaisella on kotipaikka.

Artikel 11

(1) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates über das Nichtbestehen oder die Einschränkung eines Leistungsanspruchs oder einer Leistung beim Zusammentreffen mit anderen Leistungsansprüchen oder anderen Leistungen werden auch in bezug auf entsprechende Tatbestände angewandt, die sich aus der Anwendung der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates ergeben. Hätte dies zur Folge, daß beide Leistungen eingeschränkt werden, so sind sie jeweils um die Hälfte des Betrages zu mindern, um den sie nach den Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, nach denen der Anspruch besteht, zu mindern wären.

(2) Die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates über das Nichtbestehen des Leistungsanspruchs oder die Einschränkung der Leistung, solange eine Beschäftigung oder eine bestimmte Beschäftigung ausgeübt wird oder eine Pflichtversicherung in der Rentenversicherung besteht, werden auch in bezug auf entsprechende Tatbestände angewandt, die sich in dem anderen Vertragsstaat oder aus der Anwendung seiner Rechtsvorschriften ergeben.

11 artikla

1) Milloin toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan oikeutta etuuteen ei ole tai etuutta tai oikeutta etuuteen rajoitetaan, tai kun samanaikaisesti on olemassa oikeus muuhun etuuteen tai myönnetään muita etuuksia, sovelletaan näitä määräyksiä myös, kun kysymys on vastaavista toisen sopimusvaltion lainsäädännön soveltamiseen perustuvista olosuhteista. Mikäli edellä sanotusta johtuisi, että molempien etuuksien määrä pienenisi, on kumpaakin etuutta pienennettävä puolella siitä määrästä, jolla etuutta olisi pienennettävä sen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, jonka lainsäädäntöön oikeus etuuteen perustuu.

2) Milloin sopimusvaltion lainsäädännön mukaan oikeutta etuuteen ei ole tai etuuden määrää rajoitetaan niin kauan kuin työskentely jatkuu tai määrättyä työtä tehdään tai kun pakollinen eläkevakuutus on voimassa, sovelletaan näitä määräyksiä myös, kun kysymys on vastaavista toisen sopimusvaltion lainsäädännön soveltamiseen perustuvista tai siinä valtiossa vallitsevista olosuhteista.

Abschnitt II

Besondere Bestimmungen

Kapitel 1

Krankenversicherung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland, Mutterschaftshilfe sowie Sachleistungen der Volksgesundheit und der Krankenhäuser nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland

II Osasto

Erityismääräyksiä

1 luku

Sairausvakuutus Saksan Liittotasavallan ja Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan, äitiysavustus sekä kansanterveys- ja sairaalapalvelut Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan

Artikel 12

Für den Leistungsanspruch und die Dauer der Leistungsgewährung sind die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten zurückgelegten Versicherungszeiten und Zeiten des Bezuges einer Leistung zusammenzurechnen, soweit sie nicht auf dieselbe Zeit entfallen.

12 artikla

Määrättäessä oikeutta saada etuus ja etuuden suoritusaikaa on otettava huomioon kummankin sopimusvaltion lainsäädännön mukaan täytetyt vakuutuskaudet ja ajanjaksot, joina etuutta on suoritettu, sikäli kuin ne eivät ole päällekkäisiä.

Artikel 13

(1) Besteht für eine Person, die sich in einem Vertragsstaat gewöhnlich aufhält, nach dessen Rechtsvorschriften Anspruch auf Sachleistungen, so erhält sie bei einem vorübergehenden Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen nach dessen Rechtsvorschriften, wenn ihr Zustand sofort die Gewährung solcher Leistungen erforderlich macht.

(2) Absatz 1 gilt nicht für Fälle, in denen sich die betreffende Person zur Behandlung in den anderen Vertragsstaat begibt, insbesondere zur Durchführung von Kuren und zum Aufenthalt in Sanatorien, Genesungsheimen und Luftkurheilstätten.

(3) Für die Art und Weise und den Umfang der Leistungsgewährung nach Absatz 1 gelten die für den Träger des Aufenthaltsortes maßgebenden Rechtsvorschriften.

13 artikla

1) Milloin sopimusvaltiossa asuvalla henkilöllä on tämän valtion lainsäädännön perusteella oikeus sairaanhoitoetuuksiin, hän saa oleskellessaan tilapäisesti toisessa sopimusvaltiossa sairaanhoitoetuudet viimeksi mainitun valtion lainsäädännön mukaan, mikäli hän tilansa vuoksi välittömästi tarvitsee tällaisia etuuksia.

2) Kuitenkaan 1 kappale ei koske tapauksia, joissa asianomainen henkilö hakeutuu toiseen sopimusvaltioon saadakseen siellä hoitoa, erityisesti saadakseen kylpylähoitoa tai oleskellakseen parantolassa, toipilaskodissa tai ilmaparantolassa.

3) Määrättäessä, miten 1 kappaleen mukainen etuus on saatavissa ja missä laajuudessa se annetaan, sovelletaan oleskelupaikkakunnan vakuutuselintä koskevaa lainsäädäntöä.

Artikel 14

Die Familienangehörigen einer Person, die sich in einem Vertragsstaat gewöhnlich aufhält und die nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates versichert ist,

14 artikla

Sopimusvaltiossa asuvan ja tämän valtion lainsäädännön mukaan vakuutetun henkilön perheenjäsenet saavat, jos he asuvat toisessa sopimusvaltiossa, sairaanhoitoetuudet

erhalten, wenn sie sich im anderen Vertragsstaat gewöhnlich aufhalten, Sachleistungen nach den für den Träger ihres gewöhnlichen Aufenthaltsortes maßgebenden Rechtsvorschriften, sofern nicht nach den für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts geltenden Rechtsvorschriften ohnehin Anspruch auf Sachleistungen aus anderem Grunde besteht.

Artikel 15

(1) Auf Rentenempfänger aus der Rentenversicherung der Vertragsstaaten sind die Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung der Rentner des Vertragsstaates anzuwenden, in dem sich die Rentenempfänger gewöhnlich aufhalten. Dabei gilt bei Gewährung einer Rente nur nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates diese Rente für die Sachleistungen als Rente des ersten Vertragsstaates.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Rentenbewerber.

Artikel 16

(1) Die nach den Artikeln 13 und 14 in Betracht kommenden Leistungen sind

in der Bundesrepublik Deutschland

von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse, in Fällen der stationären Tuberkulosebehandlung von dem für den Aufenthaltsort zuständigen Träger der Rentenversicherung der Arbeiter,

in der Republik Finnland

für die Leistungen der Krankenversicherung von dem für den Aufenthaltsort zuständigen Bezirksbüro der Sozialversicherungsanstalt,

für die Mutterschaftshilfe von dem für den Aufenthaltsort zuständigen gemeindlichen Sozialausschuß,

für die Sachleistungen der Volksgesundheit von dem für den Aufenthaltsort zuständigen örtlichen Gesundheitszentrum,

für die Sachleistungen der Krankenhäuser von dem für den Aufenthaltsort zuständigen Krankenhaus

zu erbringen.

(2) Personen und Einrichtungen, die mit den in Absatz 1 genannten Trägern Verträge über die Erbringung von Sachleistungen für die bei diesen Trägern Versicherten und deren Angehörige abgeschlossen haben, sind verpflichtet, Sachleistungen nach den Artikeln 13 und 14 zu erbringen, und zwar unter denselben Bedingungen, wie wenn die betreffenden Personen bei den in Absatz 1 genannten Trägern versichert oder Angehörige solcher Versicherter wären und als ob die Verträge sich auch auf diese Personen erstreckten.

(3) Die Kosten für die nach diesem Artikel zu erbringenden Sachleistungen tragen die Träger des Aufenthaltsortes.

Artikel 17

Für die Gewährung der nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates in Betracht kommenden Geldleistungen steht der Aufenthalt des Berechtigten im anderen Vertragsstaat dem Aufenthalt im ersten Vertragsstaat gleich.

Kapitel 2

Unfallversicherung

Artikel 18

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, steht für die Gewährung der nach den Rechtsvorschriften des einen Vertagsstaates in Betracht kommenden Renten und einmaligen Geldleistungen der Aufenthalt einer in Artikel 3 Absatz 2 bezeichneten Person im anderen Vertragsstaat dem Aufenthalt im ersten Vertragsstaat gleich.

sen lainsäädännön mukaan, jota heidän asuinpaikkakuntansa vakuutuselimen tulee soveltaa, sikäli kuin heillä ei jo muulla perusteella ole oikeutta saada sairaanhoitoetuuksia asuinpaikkakuntaa koskevan lainsäädännön mukaan.

15 artikla

1) Sopimusvaltioiden eläkevakuutuksen eläkkeensaajiin on sovellettava sen sopimusvaltion eläkkeensaajia koskevaa sairausvakuutuslainsäädäntöä, jonka alueella eläkkeensaajat asuvat. Jos eläke maksetaan vain toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, se katsotaan sairaanhoitoetuuksien osalta ensiksi mainitun sopimusvaltion maksamaksi eläkkeeksi.

2) Vastaavasti 1 kappaletta sovelletaan eläkkeenhakijoihin.

16 artikla

1) Etuudet, joita 13 ja 14 artiklassa tarkoitetaan, ovat saatavissa

Saksan Liittotasavallassa

oleskelupaikkakunnan asianomaisesta yleisestä sairauskassasta, pysyvää tuberkuloosihoitoa vaativissa tapauksissa oleskelupaikkakunnan työntekijöiden eläkevakuutuksen asianomaisesta vakuutuselimestä;

Suomen Tasavallassa

sairausvakuutusetuuksien osalta kansaneläkelaitoksen asianomaisesta paikallistoimistosta oleskelupaikkakunnalla,

äitiysavustuksen osalta asianomaisesta kunnallisesta sosiaalilautakunnasta oleskelupaikkakunnalla,

kansanterveyspalvelujen osalta oleskelupaikkakunnan asianomaisesta terveyskeskuksesta,

sairaalapalvelujen osalta oleskelupaikkakunnan asianomaisesta sairaalasta.

2) Henkilöt ja laitokset, jotka ovat sopineet 1 kappaleessa mainittujen vakuutuselinten kanssa sairaanhoitoetuuksien antamisesta vakuutuselimissä vakuutetuille henkilöille ja heidän omaisilleen, ovat velvolliset huolehtimaan 13 ja 14 artiklan mukaan annettavista sairaanhoitoetuuksista samoin ehdoin kuin jos niissä artikloissa tarkoitetut henkilöt olisivat vakuutetut 1 kappaleessa mainitussa vakuutuselimessä tai olisivat tällaisten henkilöiden omaisia ja ikään kuin sopimus koskisi myös heitä.

3) Oleskelupaikkakunnan vakuutuselin vastaa tämän artiklan mukaan annettavien sairaanhoitoetuuksien kustannuksista.

17 artikla

Myönnettäessä sopimusvaltion lainsäädännön mukaan huomioon otettavia rahasuorituksia rinnastetaan etuuksien saamiseen oikeutetun henkilön oleskelu toisessa sopimusvaltiossa oleskeluun ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa.

2 luku

Tapaturmavakuutus

18 artikla

Mikäli tässä sopimuksessa ei toisin määrätä, rinnastetaan, kun kysymys on sopimusvaltion lainsäädännön mukaan huomioon otettavien eläkkeiden ja kertasuoritusten myöntämisestä, 3 artiklan 2 kappaleessa tarkoitetun henkilön oleskelu toisessa sopimusvaltiossa oleskeluun ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa.

Artikel 19

(1) Sehen die Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor, daß bei der Bemessung des Grades der Minderung der Erwerbsfähigkeit und der Feststellung des Leistungsanspruches infolge eines Arbeitsunfalles (Berufskrankheit) im Sinne dieser Rechtsvorschriften andere Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten) zu berücksichtigen sind, so gilt dies auch für die unter die Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates fallenden Arbeitsunfälle (Berufskrankheiten), als ob sie unter die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates gefallen wären. Den zu berücksichtigenden Unfällen stehen solche gleich, die nach anderen Gesetzen als Unfälle oder andere Entschädigungsfälle zu berücksichtigen sind.

(2) Der zur Entschädigung des Versicherungsfalles zuständige Träger setzt seine Leistung nach dem Grad der durch den Arbeitsunfall (Berufskrankheit) eingetretenen Minderung der Erwerbsfähigkeit fest, den er nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zu berücksichtigen hat.

Artikel 20

(1) Für den Leistungsanspruch auf Grund einer Berufskrankheit berücksichtigt der Träger eines Vertragsstaates auch Beschäftigungen, die im anderen Vertragsstaat ausgeübt wurden und ihrer Art nach geeignet waren, diese Krankheit zu verursachen. Die Leistungen werden vom Träger des Vertragsstaates gewährt, in dem die letzte Beschäftigung ausgeübt wurde, die ihrer Art nach geeignet war, diese Krankheit zu verursachen. Artikel 21 bleibt unberührt.

(2) Absatz 1 gilt auch für die Gewährung von Leistungen an Hinterbliebene.

Artikel 21

(1) Eine Person, die wegen eines Arbeitsunfalles oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates hat, erhält bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat Sachleistungen vom Träger ihres Aufenthaltsortes nach den für diesen Träger geltenden Rechtsvorschriften.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen Sachleistungen werden gewährt

in der Bundesrepublik Deutschland

von der für den Aufenthaltsort zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse,

in der Republik Finnland

von den vom Verband der Unfallversicherungsanstalten bestimmten Versicherungsunternehmen.

(3) Ist nach Absatz 1 Arbeits- und Berufsförderung (Berufshilfe) zu gewähren, so wird sie von der hierfür zuständigen Stelle im Aufenthaltsstaat nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften erbracht. Zuständig ist die Stelle, die zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates zu entscheiden wäre.

(4) Artikel 16 Absatz 2 gilt entsprechend.

(5) Die Kosten für die nach diesem Artikel zu erbringenden Sachleistungen tragen die Träger des Aufenthaltsortes.

Artikel 22

Vorbehaltlich des Artikels 18 steht für die Gewährung der nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates in Betracht kommenden Geldleistungen der Aufenthalt des Berechtigten im anderen Vertragsstaat dem Aufenthalt im ersten Vertragsstaat gleich.

19 artikla

1) Milloin sopimusvaltion lainsäädännössä edellytetään, että arvioitaessa työkyvyn vähenemisastetta ja päätettäessä oikeudesta saada etuus tämän lainsäädännön tarkoittaman työtapaturman (ammattitaudin) perusteella muut työtapaturmat (ammattitaudit) on otettava huomioon, koskee tämä myös toisen sopimusvaltion lainsäädännön piiriin kuuluvia työtapaturmia (ammattitauteja) ikään kuin ne kuuluisivat ensiksi mainitun sopimusvaltion lainsäädännön piiriin. Huomioon otettaviin tapaturmiin rinnastetaan tapaukset, jotka muiden lainsäännösten mukaan on katsottava tapaturmiksi tai muunlaisiksi korvaustapauksiksi.

2) Vakuutustapahtuman korvaava asianomainen vakuutuselin vahvistaa suorituksensa tapaturmasta (ammattitaudista) aiheutuneen työkyvyn vähenemisen asteen mukaisesti ottaen huomioon sitä koskevan lainsäädännön.

20 artikla

1) Kun kysymys on oikeudesta saada etuus ammattitaudin perusteella, sopimusvaltion vakuutuselin ottaa huomioon myös työskentelyt, jotka ovat tapahtuneet toisessa sopimusvaltiossa ja jotka luonteensa vuoksi ovat saattaneet aiheuttaa mainitun ammattitaudin. Etuudet maksaa vakuutuselin siinä sopimusvaltiossa, jossa tapahtui viimeinen sellainen työskentely, joka luonteensa vuoksi on saattanut aiheuttaa tämän ammattitaudin. Tämä ei vaikuta 21 artiklan soveltamiseen.

2) Myös jälkeenjääneille maksettaviin etuuksiin sovelletaan 1 kappaletta.

21 artikla

1) Henkilö, jolla työtapaturman tai ammattitaudin perusteella on oikeus sairaanhoitoetuuksiin sopimusvaltion lainsäädännön mukaan, saa oleskellessaan toisessa sopimusvaltiossa sairaanhoitoetuudet oleskelupaikkakuntansa vakuutuselimeltä tätä vakuutuselintä koskevan lainsäädännön mukaisesti.

2) Sairaanhoitoetuudet, joita 1 kappaleessa tarkoitetaan, ovat saatavissa

Saksan Liittotasavallassa

oleskelupaikkakunnan asianomaisesta yleisestä sairauskassasta;

Suomen Tasavallassa

Tapaturmavakuutuslaitosten Liiton määräämästä vakuutuslaitoksesta.

3) Mikäli 1 kappaleen perusteella on annettava ammatillista kuntoutusta, sen antaa oleskeluvaltiossa toimiva asianomainen laitos tämän valtion lainsäädännön mukaisesti. Asianomainen on se laitos, joka olisi asianomainen, jos oikeudesta saada etuus olisi päätettävä tämän sopimusvaltion lainsäädännön mukaan.

4) Vastaavasti sovelletaan 16 artiklan 2 kappaletta.

5) Oleskelupaikkakunnan vakuutuselimet vastaavat tämän artiklan perusteella annettavien sairaanhoitoetuuksien kustannuksista.

22 artikla

Mikäli 18 artiklasta ei muuta seuraa, rinnastetaan, kun kysymys on sopimusvaltion lainsäädännön mukaan huomioon otettavien rahasuoritusten myöntämisestä, etuuksien saamiseen oikeutetun henkilön oleskelu toisessa sopimusvaltiossa oleskeluun ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa.

Kapitel 3

Rentenversicherungen

Teil 1

Rentenversicherung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland und Rentenversicherung für Beschäftigte nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland

Artikel 23

Soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, steht für die Gewährung der nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates in Betracht kommenden Geldleistungen bei Invalidität, Alter oder an Hinterbliebene der Aufenthalt einer in Artikel 3 Absatz 2 bezeichneten Person im anderen Vertragsstaat dem Aufenthalt im ersten Vertragsstaat gleich.

Artikel 24

Sind nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten anrechnungsfähige Versicherungszeiten vorhanden, so werden für den Erwerb des Leistungsanspruchs nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften auch die Versicherungszeiten berücksichtigt, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates anrechnungsfähig sind und nicht auf dieselbe Zeit entfallen. In welchem Ausmaß Versicherungszeiten anrechnungsfähig sind, richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die die Anrechnungsfähigkeit bestimmen.

Artikel 25

Bei der Berechnung der Rente nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates werden Bemessungsgrundlagen nur aus den Versicherungszeiten gebildet, die nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates für die Rentenberechnung zu berücksichtigen sind.

Artikel 26

Für den Träger der Bundesrepublik Deutschland gilt folgendes:

(1) Die nach Artikel 24 zu berücksichtigenden Versicherungszeiten werden dem Versicherungszweig zugeordnet, dessen Träger unter ausschließlicher Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland für die Feststellung der Leistung zuständig ist. Wäre danach die knappschaftliche Rentenversicherung zuständig, so werden nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland zu berücksichtigende Versicherungszeiten in der knappschaftlichen Rentenversicherung berücksichtigt, wenn sie in bergbaulichen Betrieben unter Tage zurückgelegt sind.

(2) Für den Wegfall der Knappschaftsausgleichsleistung stehen knappschaftliche Betriebe in der Republik Finnland knappschaftlichen Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland gleich.

(3) Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch ohne Berücksichtigung des Artikels 24 erfüllt, so wird der auf die Zurechnungszeit entfallende Leistungsteil nur zur Hälfte angerechnet, wenn für dieselbe Person eine Rente aus der Rentenversicherung für Beschäftigte nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland gezahlt wird und für die Berechnung dieser Rente unter Berücksichtigung des Artikels 27 die Zeit bis zum Rentenalter oder das entsprechende Entgelt angerechnet wird. Sind die Voraussetzungen für den Rentenanspruch nur unter Berücksichtigung des Artikels 24 erfüllt, so wird der auf die Zurechnungszeit entfallende Leistungsteil ebenfalls nur zur Hälfte angerechnet.

3 luku

Eläkevakuutukset

1 osa

Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukainen eläkevakuutus ja Suomen Tasavallan lainsäädännön mukainen työntekijäin eläkevakuutus

23 artikla

Mikäli tässä sopimuksessa ei toisin määrätä, rinnastetaan, kun kysymys on sopimusvaltion lainsäädännön mukaan huomioon otettavien rahasuoritusten myöntämisestä työkyvyttömyys-, vanhuus- tai perhe-eläketapauksissa, 3 artiklan 2 kappaleessa tarkoitetun henkilön oleskelu toisessa sopimusvaltiossa oleskeluun ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa.

24 artikla

Jos kummankin sopimusvaltion lainsäädännön mukaan on hyväksilaskettavia vakuutuskausia, otetaan huomioon sovellettavan lainsäädännön mukaisen oikeuden saada etuus saavuttamiseksi myös ne vakuutuskaudet, jotka toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan ovat hyväksilaskettavia kausia eivätkä tarkoita samaa aikaa. Vakuutuskausien hyväksilaskettavuus määräytyy hyväksilaskettavuutta koskevan lainsäädännön mukaan.

25 artikla

Sopimusvaltion lainsäädännön mukaan eläkettä laskettaessa käytetään laskuperusteena vain niitä vakuutuskausia, jotka tässä sopimusvaltiossa sovellettavan lainsäädännön mukaan on otettava huomioon eläkettä laskettaessa.

26 artikla

Seuraavaa sovelletaan Saksan Liittotasavallassa olevaan vakuutuselimeen:

1) Huomioon otettavat vakuutuskaudet 24 artiklan mukaan kuuluvat siihen vakuutusalaan, jonka vakuutuselimelle kuuluu etuuden määrääminen sovellettaessa yksinomaan Saksan Liittotasavallan lainsäädäntöä. Jos tämän mukaan kaivostyöntekijäin eläkevakuutus olisi asianomainen vakuutusala, otetaan tässä eläkevakuutuksessa huomioon ne vakuutuskaudet, jotka ovat huomioon otettavia Suomen Tasavallan kaivostyöntekijäin eläkevakuutusta koskevan lainsäädännön mukaan edellyttäen, että vakuutuskaudet on täytetty maanpinnan alaisissa kaivosalan yrityksissä.

2) Kun on kysymys kaivostyöntekijäin eläkevakuutuksen tasoitussuorituksen poisjättämisestä, rinnastetaan Suomen Tasavallan ja Saksan Liittotasavallan kaivosalan yritykset toisiinsa.

3) Mikäli eläkeoikeuden edellytykset täyttyvät ilman 24 artiklan huomioon ottamista, lasketaan lisämaksuaikaa koskevasta suoritusosuudesta hyväksi vain puolet, jos samalle henkilölle maksetaan eläkettä Suomen Tasavallan työeläkelainsäädännön mukaan ja jos tätä eläkettä määrättäessä lasketaan hyväksi 27 artikla huomioon ottaen eläketapahtumasta eläkeikään ulottuva aika tai sitä vastaava hyvitys. Mikäli eläkeoikeuden edellytykset täyttyvät vain 24 artikla huomioon ottaen, lasketaan lisämaksuaikaa koskevasta suoritusosuudesta samoin hyväksi vain puolet.

(4) Der Kinderzuschuß oder der Betrag, um den sich die Waisenrente erhöht, wird nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts gezahlt, wenn der Anspruch auf Rente ohne Berücksichtigung des Artikels 24 besteht und Kindergeld nach den Vorschriften der Republik Finnland nicht zu zahlen ist. Andernfalls wird der Kinderzuschuß oder der Betrag, um den sich die Waisenrente erhöht, in Höhe der Hälfte des nach Maßgabe des innerstaatlichen Rechts in Betracht kommenden Betrags gezahlt.

(5) Hängt die Versicherungspflicht davon ab, daß weniger als eine bestimmte Zahl von Beiträgen entrichtet wurde, so werden die nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland zu berücksichtigenden Versicherungszeiten für die Entscheidung über die Versicherungspflicht berücksichtigt.

Artikel 27

Für den Träger der Republik Finnland gilt folgendes:

Wird nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des Artikels 26 Absatz 3 ein auf die Zurechnungszeit entfallender Leistungsteil einer Rente aus der Rentenversicherung angerechnet, so wird für die Berechnung der derselben Person nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland zustehenden Rente die Zeit bis zum Rentenalter oder das entsprechende Entgelt nur zur Hälfte berücksichtigt.

4) Lapsikorotus tai määrä, jolla orvoneläke nousee, maksetaan Saksan Liittotasavallan sisäisen lainsäädännön mukaan, jos oikeus eläkkeen saamiseen on olemassa ilman 24 artiklan huomioon ottamista ja jos Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaista lapsilisää ei makseta. Muussa tapauksessa maksetaan lapsikorotus tai määrä, jolla orvoneläke nousee, puolitettuna Saksan Liittotasavallan sisäisen lainsäädännön mukaisesta määrästä.

5) Jos vakuutusvelvollisuus riippuu siitä, että maksuja on suoritettu määrättyä määrää vähemmän, otetaan vakuutusvelvollisuutta ratkaistaessa huomioon Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan huomioon otettavat vakuutuskaudet.

27 artikla

Seuraavaa sovelletaan Suomen Tasavallassa olevaan vakuutuselimeen:

Jos Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan 26 artiklan 3 kappale huomioon ottaen lisämaksuaikaa koskeva suoritusosuus lasketaan hyväksi eläkevakuutuksen piiriin kuuluvaan eläkkeeseen, otetaan huomioon laskettaessa samalle henkilölle Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan kuuluvaa eläkettä vain puolet eläketapahtumasta eläkeikään ulottuvasta ajasta tai sitä vastaavasta korvauksesta.

Teil 2

Rente nach dem Volksrentengesetz und dem Familienrentengesetz der Republik Finnland

Artikel 28

Für die Gewährung der Rente nach dem Volksrentengesetz und dem Familienrentengesetz der Republik Finnland gilt folgendes:

(1) Die in Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a bis d bezeichneten Personen behalten, wenn sie den Aufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland verlegen, unter denselben Voraussetzungen wie finnische Staatsangehörige den Anspruch auf Rente, und zwar mindestens in Höhe des Grundteils, nach dem Volksrentengesetz und nach dem Familienrentengesetz.

(2) Eine in Absatz 1 bezeichnete Person, der auch unter Berücksichtigung des Artikels 3 Absatz 2 keine Altersrente nach dem Volksrentengesetz der Republik Finnland zusteht, weil sie die nach diesem Gesetz bestehenden Voraussetzungen in bezug auf Mindestdauer und zeitliche Lagerung des Aufenthalts in der Republik Finnland nicht erfüllt, hat bei gewöhnlichem Aufenthalt in der Republik Finnland oder in der Bundesrepublik Deutschland Anspruch auf den Grundteil der Altersrente, wenn sie sich nach dem vollendeten sechzehnten Lebensjahr mindestens fünf Jahre lang ununterbrochen in der Republik Finnland aufgehalten hat.

(3) Eine in Absatz 1 bezeichnete Person, der auch unter Berücksichtigung des Artikels 3 Absatz 2 keine Witwenrente nach dem Familienrentengesetz in der Republik Finnland zusteht, weil sie sich am Tage des Todes des Verstorbenen, von dem sie den Anspruch ableitet, nicht gewöhnlich in der Republik Finnland aufgehalten hat, hat bei gewöhnlichem Aufenthalt in der Republik Finnland oder in der Bundesrepublik Deutschland Anspruch auf den Grundteil der Witwenrente, wenn der Verstorbene zu den in Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a bis c bezeichneten Personen gehört und sich nach dem vollendeten sechzehnten Lebensjahr mindestens fünf Jahre ununter-

2 osa

Suomen Tasavallan kansaneläkelain ja perhe-eläkelain mukaiset eläkkeet

28 artikla

Seuraavaa sovelletaan Suomen Tasavallan kansaneläkelain ja perhe-eläkelain mukaisen eläkkeen myöntämiseen:

1) Henkilöt, joita tarkoitetaan 3 artiklan 2 kappaleen a-d kohdassa, säilyttävät muuttaessaan asumaan Saksan Liittotasavaltaan samoin edellytyksin kuin Suomen kansalaiset oikeuden saada vähintään eläkkeen perusosan suuruista eläkettä kansaneläkelain ja perhe-eläkelain mukaan.

2) Henkilöllä, jota tarkoitetaan 1 kappaleessa ja jolle Suomen Tasavallan kansaneläkelain mukaan ei kuulu vanhuuseläkettä 3 artiklan 2 kappalekin huomioon ottaen, koska hän ei täytä tämän lain edellytyksiä Suomen Tasavallassa asumisen vähimmäisajan ja aikojen kertymän osalta, on oikeus saada vanhuuseläkkeen perusosa asuessaan Suomen Tasavallassa tai Saksan Liittotasavallassa. Edellytyksenä on, että henkilö 16 vuotta täytettyään on asunut Suomen Tasavallassa yhdenjaksoisesti vähintään viiden vuoden ajan.

3) Henkilöllä, jota tarkoitetaan 1 kappaleessa ja jolle Suomen Tasavallan perhe-eläkelain mukaan ei kuulu leskeneläkettä 3 artiklan 2 kappalekin huomioon ottaen, koska hän ei asunut Suomen Tasavallassa sen vainajan kuolinpäivänä, josta hän johtaa oikeutensa, on oikeus saada leskeneläkkeen perusosa asuessaan Suomen Tasavallassa tai Saksen Liittotasavallassa. Edellytyksenä on, että vainaja kuului 3 artiklan 2 kappaleen a-c kohdassa tarkoitettuihin henkilöihin ja 16 vuotta täytettyään oli asunut Suomen Tasavallassa yhdenjaksoisesti vähintään viisi vuotta ja asui kuolinpäivänään Suomen Tasavallassa tai Saksan Liittotasavallassa ja että myös leski täytet-

brochen in der Republik Finnland und am Tage des Todes gewöhnlich in der Republik Finnland oder in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten hat und die Witwe sich ebenfalls nach dem vollendeten sechzehnten Lebensjahr mindestens fünf Jahre ununterbrochen in der Republik Finnland aufgehalten hat.

(4) Eine in Absatz 1 bezeichnete Person, der auch unter Berücksichtigung des Artikels 3 Absatz 2 keine Kinderrente nach dem Familienrentengesetz der Republik Finnland zusteht, weil sie sich am Tage des Todes des Verstorbenen, von dem sie den Anspruch ableitet, nicht gewöhnlich in der Republik Finnland aufgehalten hat oder weil sie nach dem Tode des Verstorbenen nicht in der Republik Finnland geboren wurde, hat bei gewöhnlichem Aufenthalt in der Republik Finnland oder in der Bundesrepublik Deutschland Anspruch auf Kinderrente, wenn der Verstorbene zu den in Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a bis c bezeichneten Personen gehört und sich nach dem vollendeten sechzehnten Lebensjahr mindestens fünf Jahre ununterbrochen in der Republik Finnland und am Tage des Todes gewöhnlich in der Republik Finnland oder in der Bundesrepublik Deutschland aufgehalten hat.

Abschnitt III

Verschiedene Bestimmungen

Kapitel 1

Amtshilfe und Rechtshilfe

Artikel 29

(1) Die Träger, Verbände von Trägern, Behörden und Gerichte der Vertragsstaaten leisten einander bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens gegenseitige Hilfe, als wendeten sie die für sie geltenden Rechtsvorschriften an. Die Hilfe ist kostenlos. Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten werden jedoch erstattet.

(2) Absatz 1 Satz 1 gilt auch für ärztliche Untersuchungen. Die Kosten für die Untersuchungen, die Reisekosten, der Verdienstausfall, die Kosten für Unterbringung zu Beobachtungszwecken und sonstige Barauslagen mit Ausnahme der Portokosten sind von der ersuchenden Stelle zu erstatten. Die Kosten werden nicht erstattet, wenn die ärztliche Untersuchung im Interesse der zuständigen Träger beider Vertragsstaaten liegt.

Artikel 30

(1) Die vollstreckbaren Entscheidungen der Gerichte sowie die vollstreckbaren Urkunden der Träger oder der Behörden eines Vertragsstaates über Beiträge und sonstige Forderungen aus der Sozialversicherung werden im anderen Vertragsstaat anerkannt.

(2) Die Anerkennung darf nur versagt werden, wenn sie der öffentlichen Ordnung des Vertragsstaates widerspricht, in dem die Entscheidung oder die Urkunde anerkannt werden soll.

(3) Die nach Absatz 1 anerkannten vollstreckbaren Entscheidungen und Urkunden werden im anderen Vertragsstaat vollstreckt. Das Vollstreckungsverfahren richtet sich nach den Rechtsvorschriften, die in dem Vertragsstaat, in dem vollstreckt werden soll, für die Vollstreckung der in diesem Vertragsstaat erlassenen entsprechenden Entscheidungen und Urkunden gelten. Die Ausfertigung der Entscheidung oder der Urkunde muß mit der Bestätigung ihrer Vollstreckbarkeit (Vollstreckungsklausel) versehen sein.

tyään 16 vuotta on asunut Suomen Tasavallassa yhdenjaksoisesti vähintään viisi vuotta.

4) Henkilöllä, jota 1 kappaleessa tarkoitetaan ja jolle Suomen Tasavallan perhe-eläkelain mukaan ei kuulu lapseneläkettä 3 artiklan 2 kappalekin huomioon ottaen, koska hän sen vainajan kuolinpäivänä, josta hän johtaa oikeutensa, ei asunut Suomen Tasavallassa tai koska hän ei ole syntynyt Suomen Tasavallassa vainajan kuoleman jälkeen, on oikeus saada lapseneläke asuessaan Suomen Tasavallassa tai Saksan Liittotasavallassa. Edellytyksenä on, että vainaja kuului 3 artiklan 2 kappaleen a-c kohdassa tarkoitettuihin henkilöihin ja täytettyään 16 vuotta oli asunut Suomen Tasavallassa yhdenjaksoisesti vähintään viisi vuotta ja asui kuolinpäivänään Suomen Tasavallassa tai Saksan Liittotasavallassa.

III Osasto

Muut määräykset

1 luku

Virka- ja oikeusapu

29 artikla

1) Sopimusvaltioiden vakuutuselimet, vakuutuselinten liitot, viranomaiset ja tuomioistuimet antavat toisilleen apua 2 artiklan 1 kappaleessa tarkoitetun lainsäädännön ja tämän sopimuksen soveltamisessa samalla tavalla kuin ne soveltaisivat omaa lainsäädäntöään. Apu on maksutonta. Käteiskulut lukuun ottamatta postimaksuja kuitenkin korvataan.

2) Myös lääkärintarkastuksiin sovelletaan 1 kappaleen ensimmäistä lausetta. Lääkärintarkastuksen suorittamista pyytänyt elin maksaa tarkastuksesta aiheutuvat kustannukset, matkakustannukset, hyvittää työansion menetyksen, maksaa ylläpidon tutkimusajalta sekä muut käteiskulut postimaksuja lukuun ottamatta. Kustannuksia ei korvata, jos lääkärintarkastuksen suorittaminen on kummankin sopimusvaltion asianomaisten vakuutuselinten edun mukaista.

30 artikla

1) Sopimusvaltion tuomioistuinten täytäntöönpanokelpoiset päätökset samoin kuin sopimusvaltion vakuutuselinten tai viranomaisten täytäntöönpanokelpoiset asiakirjat, jotka koskevat sosiaalivakuutuksen maksuja ja muita vaateita, tunnustetaan toisessa sopimusvaltiossa.

2) Tunnustamisesta saadaan kieltäytyä ainoastaan, mikäli se on sen sopimusvaltion yleisen oikeusjärjestyksen vastaista, missä päätös tai asiakirja olisi tunnustettava.

3) Täytäntöönpanokelpoiset päätökset ja asiakirjat, jotka ovat 1 kappaleen mukaan tunnustettuja, pannaan täytäntöön toisessa sopimusvaltiossa. Täytäntöönpanossa menetellään sen lainsäädännön mukaisesti, joka siinä sopimusvaltiossa, jossa täytäntöönpano tapahtuu, on voimassa tässä valtiossa vastaavien päätösten ja asiakirjojen täytäntöönpanosta. Päätös tai asiakirja on varustettava sen täytäntöönpanokelpoisuutta koskevalla todistuksella (täytäntöönpanolauseke).

(4) Forderungen von Trägern in einem Vertragsstaat aus Beitragsrückständen haben bei der Zwangsvollstreckung sowie im Konkurs- und Vergleichsverfahren im anderen Vertragsstaat die gleichen Vorrechte wie entsprechende Forderungen in diesem Vertragsstaat.

4) Mikäli sopimusvaltion vakuutuselimellä on erääntyneitä maksuja koskevia saatavia, on tällaisilla saatavilla pakkotäytäntöönpanossa samoin kuin konkurssi- ja akordimenettelyssä toisessa sopimusvaltiossa sama etuoikeus kuin vastaavilla saatavilla tässä sopimusvaltiossa.

Artikel 31

(1) Die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern oder Gebühren einschließlich Konsulargebühren und Verwaltungsabgaben für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auch auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorzulegen sind, bedürfen zur Verwendung gegenüber Stellen des anderen Vertragsstaates keiner Legalisation oder einer anderen ähnlichen Förmlichkeit.

31 artikla

1) Sopimusvaltion lainsäädännössä määrätty vapauttaminen veroista tai maksuista tai niiden alentaminen, mukaan lukien konsulaariset ja hallinnolliset maksut tätä lainsäädäntöä sovellettaessa esitettävistä asiakirjoista, ulotetaan koskemaan myös vastaavia asiakirjoja, jotka on esitettävä sovellettaessa tätä sopimusta tai 2 artiklan 1 kappaleessa tarkoitettua toisen sopimusvaltion lainsäädäntöä.

2) Asiakirjat, jotka on esitettävä sovellettaessa tätä sopimusta tai 2 artiklan 1 kappaleessa tarkoitettua sopimusvaltion lainsäädäntöä, eivät tarvitse laillistamista tai muuta sen kaltaista muodollisuutta esitettäessä niitä toisen sopimusvaltion elimille.

Artikel 32

Die in Artikel 29 Absatz 1 genannten Stellen können bei Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften und dieses Abkommens unmittelbar miteinander und mit den beteiligten Personen und deren Vertretern in ihren Amtssprachen verkehren. Rechtsvorschriften über die Zuziehung von Dolmetschern bleiben unberührt. Urteile, Bescheide oder sonstige Schriftstücke können einer Person, die sich im anderen Vertragsstaat aufhält, unmittelbar durch eingeschriebenen Brief mit Rückschein zugestellt werden.

32 artikla

Sovellettaessa 2 artiklan 1 kappaleessa tarkoitettua lainsäädäntöä ja tätä sopimusta voivat 29 artiklan 1 kappaleessa mainitut elimet olla välittömästi yhteydessä keskenään ja asianosaisten henkilöiden ja näiden edustajien kanssa omalla virkakielellään. Tämä ei vaikuta tulkkien käyttämistä koskevaan lainsäädäntöön. Tuomiot, päätökset ja muut asiakirjat voidaan toimittaa suoraan toisessa sopimusvaltiossa oleskelevalle henkilölle kirjatussa kirjeessä.

Artikel 33

(1) Ist der Antrag auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Stelle im anderen Vertragsstaat gestellt worden, die für die Annahme des Antrags auf eine entsprechende Leistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zugelassen ist, so gilt der Antrag als bei dem zuständigen Träger gestellt. Dies gilt für sonstige Anträge sowie für Erklärungen und Rechtsbehelfe entsprechend.

(2) Die Anträge, Erklärungen und Rechtsbehelfe sind von der Stelle des einen Vertragsstaates, bei der sie eingereicht worden sind, unverzüglich an die zuständige Stelle des anderen Vertragsstaates weiterzuleiten.

(3) Ein Antrag auf Leistungen nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung der nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates erworbenen Ansprüche in den Fällen aufgeschoben wird, in denen er nach den Rechtsvorschriften dieses Vertragsstaates den Zeitpunkt bestimmen kann, der für die Erfüllung der Leistungsvoraussetzungen maßgeblich sein soll.

33 artikla

1) Jos sopimusvaltion lainsäädäntöön perustuva etuutta koskeva hakemus on tehty toisen sopimusvaltion elimelle, joka sitä koskevan lainsäädännön nojalla on toimivaltainen vastaanottamaan vastaavaa etuutta koskevan hakemuksen, katsotaan hakemus asianomaiselle vakuutuselimelle tehdyksi. Tämä koskee vastaavasti myös muita hakemuksia sekä selvityksiä ja valituskirjelmiä.

2) Hakemukset, selvitykset ja valituskirjelmät on viipymättä toimitettava sopimusvaltion vastaanottaneesta elimestä toisen sopimusvaltion asianomaiselle elimelle.

3) Sopimusvaltion lainsäädännön mukainen etuutta koskeva hakemus katsotaan myös toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaista vastaavaa etuutta koskevaksi hakemukseksi. Näin ei menetellä, jos hakija nimenomaisesti pyytää, että toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan saavutettujen oikeuksien vahvistaminen lykätään tapauksissa, joissa hakija voi tämän sopimusvaltion lainsäädännön mukaan määrätä ajankohdan, jolloin etuuden saamista koskevat edellytykset täyttyvät.

Artikel 34

Die berufskonsularischen Vertretungen des einen Vertragsstaates im anderen Vertragsstaat sind berechtigt, auf Antrag der Berechtigten die zur Sicherung und Erhaltung der Rechte der Staatsangehörigen des ersten Staates notwendigen Handlungen ohne Nachweis einer Vollmacht vorzunehmen. Sie können insbesondere bei den in Artikel 29 Absatz 1 genannten Stellen im Interesse der Staatsangehörigen Anträge stellen, Erklärungen abgeben oder Rechtsbehelfe einbringen.

34 artikla

Sopimusvaltiossa olevilla toisen sopimusvaltion lähetetyillä konsuliviranomaisilla on oikeus valtakirjaa esittämättä ryhtyä etuuksiin oikeutettujen pyynnöstä tarpeellisiin toimenpiteisiin edustamansa valtion kansalaisten oikeuksien turvaamiseksi jä säilyttämiseksi. Ne voivat tehdä kansalaisten puolesta hakemuksia, antaa selvityksiä tai jättää valituskirjelmiä varsinkin 29 artiklan 1 kappaleessa tarkoitetuille elimille.

Kapitel 2

Durchführung und Auslegung des Abkommens

Artikel 35

(1) Die Regierungen oder die zuständigen Behörden können die zur Durchführung des Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen vereinbaren. Sie unterrichten einander über Änderungen und Ergänzungen der für sie geltenden in Artikel 2 bezeichneten Rechtsvorschriften.

(2) Zur Durchführung des Abkommens werden hiermit folgende Verbindungsstellen eingerichtet:

in der Bundesrepublik Deutschland

für die Krankenversicherung
der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn,

für die Unfallversicherung
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e. V., Bonn,

für die Rentenversicherung der Arbeiter
die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, Lübeck,

für die Rentenversicherung der Angestellten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin,

für die knappschaftliche Rentenversicherung
die Bundesknappschaft, Bochum,

für die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken;

in der Republik Finnland

für die Krankenversicherung, die Volksrentenversicherung und die allgemeine Familienrentenversicherung
Kansaneläkelaitos (KELA) — Sozialversicherungsanstalt,

für die Beschäftigtenrentenversicherung
Eläketurvakeskus (ETK) — Zentralanstalt des Rentenschutzes,

für die Unfall- und Berufskrankheitenversicherung
Tapaturmavakuutuslaitosten Liitto (TVL) — Verband der Unfallversicherungsanstalten,

für die Sachleistungen der Volksgesundheit und der Krankenhäuser
Lääkintöhallitus — das Zentralamt für Gesundheitswesen,

für die Mutterschaftshilfe
Sosiaalihallitus — das Zentralamt für Sozialwesen.

Artikel 36

Geldleistungen können von einem Träger eines Vertragsstaates an eine Person, die sich im anderen Vertragsstaat aufhält, in dessen Währung mit befreiender Wirkung erbracht werden. Im Verhältnis zwischen dem Träger und dem Berechtigten ist für die Umrechnung der Kurs des Tages maßgebend, der bei der Übermittlung der Geldleistung zugrunde gelegt worden ist. Hat ein Träger an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des zweiten Vertragsstaates zu leisten. Hat ein Träger im Falle des Artikels 30 oder des Artikels 37 an einen Träger des anderen Vertragsstaates Zahlungen vorzunehmen, so sind diese in der Währung des ersten Vertragsstaates zu leisten.

2 luku

Sopimuksen soveltaminen ja tulkinta

35 artikla

1) Hallitukset tai asianomaiset viranomaiset voivat sopia sopimuksen soveltamisessa tarvittavista hallinnollisista toimenpiteistä. Ne ilmoittavat toisilleen niitä koskevaan 2 artiklassa mainittuun lainsäädäntöön tehdyistä muutoksista ja täydennyksistä.

2) Sopimuksen soveltamiseksi nimetään täten seuraavat yhdyselimet:

Saksan Liittotasavallassa

sairausvakuutusta varten
der Bundesverband der Ortskrankenkassen, Bonn (paikallisten sairauskassojen liitto),

tapaturmavakuutusta varten
der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften e.V., Bonn (pienteollisuuden ammattiliittojen keskusjärjestö),

työntekijäin eläkevakuutusta varten
die Landesversicherungsanstalt Schleswig-Holstein, Lübeck (Schleswig-Holsteinin osavaltion vakuutuslaitos),

toimihenkilöiden eläkevakuutusta varten
die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, Berlin (toimihenkilöiden vakuutuslaitos),

kaivostyöntekijöiden eläkevakuutusta varten
die Bundesknappschaft, Bochum (kaivostyöntekijäin liitto),

kaivosteollisuustyöntekijäin lisävakuutusta varten
die Landesversicherungsanstalt für das Saarland, Saarbrücken (Saarlandin osavaltion vakuutuslaitos);

Suomen Tasavallassa

sairaus-, kansaneläke- ja yleistä perhe-eläkevakuutusta varten
Kansaneläkelaitos,

työeläkevakuutusta varten
Eläketurvakeskus,

tapaturma- ja ammattitautivakuutusta varten
Tapaturmavakuutuslaitosten Liitto,

kansanterveys- ja sairaalapalveluja varten
Lääkintöhallitus,

äitiysavustusta varten
Sosiaalihallitus.

36 artikla

Sopimusvaltiossa oleva vakuutuselin voi vapauttavin vaikutuksin maksaa rahasuoritukset toisen sopimusvaltion alueella oleskelevalle henkilölle tämän valtion valuutassa. Vakuutuselimen ja etuuteen oikeutetun välisessä suhteessa sovelletaan sen päivan valuuttakurssia, joka oli perustana rahasuorituksen siirrossa. Jos sopimusvaltiossa olevan vakuutuselimen on suoritettava maksuja toisessa sopimusvaltiossa olevalle vakuutuselimelle, ne on suoritettava viimeksi mainitun valtion valuutassa. Vakuutuselimen maksut toisessa sopimusvaltiossa olevalle vakuutuselimelle on 30 artiklan tai 37 artiklan tarkoittamassa tapauksessa suoritettava ensiksi mainitun sopimusvaltion valuutassa.

Artikel 37

(1) Hat eine Person, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Leistungen für einen Schaden zu erhalten hat, der im anderen Vertragsstaat eingetreten ist, nach dessen Vorschriften gegen einen Dritten Anspruch auf Ersatz des Schadens, so geht der Ersatzanspruch auf den Träger des ersten Vertragsstaates nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften über oder dieser Träger kann seine Leistung nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften kürzen.

(2) Hat der Träger eines Vertragsstaates nach dessen Rechtsvorschriften gegen einen Dritten einen ursprünglichen Ersatzanspruch, so erkennt der andere Vertragsstaat dies an.

(3) Stehen Ersatzansprüche oder das Recht zur Kürzung hinsichtlich gleichartiger Leistungen aus demselben Schadensfall sowohl einem Träger des einen Vertragsstaates als auch einem Träger des anderen Vertragsstaates zu, so macht der Träger des einen Vertragsstaates auf Antrag des Trägers des anderen Vertragsstaates auch dessen Ersatzanspruch geltend. Der Dritte kann die Ansprüche der beiden Träger mit befreiender Wirkung durch Zahlung an den einen oder anderen Träger befriedigen. Im Innenverhältnis sind die Träger anteilig im Verhältnis der von ihnen zu erbringenden Leistungen ausgleichspflichtig.

Artikel 38

(1) Hat der Träger eines Vertragsstaates Geldleistungen zu Unrecht gewährt, so kann der zu Unrecht gezahlte Betrag von einer entsprechenden Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zugunsten des Trägers einbehalten werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend, wenn die Gewährung von Krankengeld nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates mit der Gewährung einer Rente nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zusammentrifft.

(3) Hat der Träger eines Vertragsstaates einen Vorschuß im Hinblick auf den Anspruch auf eine Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gezahlt, so ist der gezahlte Betrag von der Leistung zugunsten dieses Trägers einzubehalten.

(4) Eine Einbehaltung nach den Absätzen 1 bis 3 ist nur zulässig, soweit sie anderweitig nicht möglich ist.

(5) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates Anspruch auf eine Geldleistung für einen Zeitraum, für den ihr oder ihren Angehörigen von einem Fürsorgeträger des anderen Vertragsstaates Leistungen gewährt worden sind, so ist diese Geldleistung auf Ersuchen und zugunsten des ersatzberechtigten Fürsorgeträgers einzubehalten, als sei dieser ein Fürsorgeträger mit dem Sitz im ersten Vertragsstaat.

Artikel 39

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat

37 artikla

1) Jos henkilöllä on sopimusvaltion lainsäädännön mukaan oikeus saada korvausta toisen sopimusvaltion alueella sattuneesta vahingosta ja hänellä on viimeksi mainitun valtion lainsäädännön mukaan oikeus vaatia vahingonkorvausta kolmannelta henkilöltä, siirtyy korvausvaade ensiksi mainitun sopimusvaltion vakuutuselimelle tätä elintä koskevan lainsäädännön mukaan tai tämä elin voi sitä koskevan lainsäädännön mukaan vähentää korvaustaan.

2) Milloin sopimusvaltion vakuutuselimellä on sopimusvaltion lainsäädännön mukaan alkuperäinen korvausvaade kolmanteen henkilöön nähden, tunnustaa toinen sopimusvaltio tämän.

3) Milloin sopimusvaltion vakuutuselimellä on samasta vahinkotapauksesta johtuvia samanlaisia suorituksia koskevia korvausvaateita tai oikeus korvauksen vähentämiseen kuin toisen sopimusvaltion vakuutuselimellä, esittää sopimusvaltion vakuutuselin toisen sopimusvaltion vakuutuselimen pyynnöstä myös tämän korvausvaateen. Kolmas henkilö voi täyttää vapauttavin vaikutuksin kummankin vakuutuselimen vaateet maksamalla korvausmäärän jommallekummalle vakuutuselimelle. Toisiinsa nähden vakuutuselimet ovat tasausvelvolliset niiden maksettaviksi kuuluvien suoritusten mukaisessa suhteessa.

38 artikla

1) Jos sopimusvaltion vakuutuselin on oikeudettomasti maksanut rahasuorituksia, voidaan oikeudettomasti maksettu rahamäärä pidättää vakuutuselimen hyväksi toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaisesta vastaavasta etuudesta.

2) Vastaavasti sovelletaan 1 kappaletta, jos sopimusvaltion lainsäädännön mukaisen sairausvakuutuksen päivärahan maksaminen osuu yhteen toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaisen eläkkeen maksamisen kanssa.

3) Jos sopimusvaltion vakuutuselin on maksanut etuuden ennakkoa toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaisen etuuden osalta, on maksettu rahamäärä pidätettävä etuudesta tämän vakuutuselimen hyväksi.

4) Pidättäminen 1-3 kappaleen mukaan on sallittu vain, kun se ei muulla tavoin ole mahdollista.

5) Jos henkilöllä on sopimusvaltion lainsäädännön mukaan oikeus rahasuoritukseen ajalta, jolta toisen sopimusvaltion sosiaalihuoltoelin on maksanut hänelle tai hänen omaisilleen etuuksia, on tämä rahasuoritus pidätettävä korvaukseen oikeutetun sosiaalihuoltoelimen pyynnöstä tämän elimen hyväksi, ikään kuin tämä elin olisi ensiksi mainitussa sopimusvaltiossa oleva sosiaalihuoltoelin.

39 artikla

1) Asianomaisten viranomaisten on mahdollisuuksien mukaan selvitettävä sopimusvaltioiden väliset sopimuksen tulkintaa tai soveltamista koskevat erimielisyydet.

2) Mikäli erimielisyyttä ei tällä tavoin voida selvittää, se alistetaan jommankumman sopimusvaltion pyynnöstä välimiesoikeuden ratkaistavaksi.

3) Välimiesoikeus muodostetaan kussakin tapauksessa erikseen siten, että kumpikin sopimusvaltio määrää yhden jäsenen ja nämä kaksi jäsentä sopivat jonkin kolmannen valtion kansalaisen valitsemisesta puheenjohtajaksi, jonka molempien sopimusvaltioiden hallitukset määräävät. Jäsenet määrätään kahden kuukauden ja puheenjohtaja kolmen kuukauden kuluessa siitä päivästä

dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennung vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Parteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitgliedes sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

lukien, jona sopimusvaltio on ilmoittanut toiselle sopimusvaltiolle haluavansa alistaa riidan välimiesoikeuden ratkaistavaksi.

4) Siinä tapauksessa, ettei 3 kappaleessa mainittuja määräaikoja noudateta, kumpikin sopimusvaltio voi, ellei toisin sovita, kääntyä kansainvälisen tuomioistuimen presidentin puoleen pyytäen häntä suorittamaan tarvittavat nimitykset. Jos presidentti on jommankumman sopimusvaltion kansalainen tai jos hän on muusta syystä esteellinen, suorittaa varapresidentti nimitykset. Jos varapresidenttikin on jommankumman sopimusvaltion kansalainen tai jos hänkin on esteellinen, suorittaa nimitykset se tuomioistuimen arvojärjestyksessä seuraava jäsen, joka ei ole kummankaan sopimusvaltion kansalainen.

5) Välimiesoikeus tekee ratkaisunsa ääntenenemmistöllä sopimuspuolten välisten sopimusten ja yleisen kansainvälisen oikeuden mukaisesti. Sen ratkaisut ovat sitovia. Kumpikin sopimusvaltio vastaa jäsenensä kustannuksista sekä välimiesmenettelyyn osallistumisestaan aiheutuvista kustannuksista. Sopimusvaltiot vastaavat yhtä suurella osuudella puheenjohtajan osalta aiheutuvista ja muista kustannuksista. Välimiesoikeus voi päättää muunkinlaisesta kustannusten jakamisesta. Muutoin välimiesoikeus päättää itse menettelytavoistaan.

Abschnitt IV

Übergangs- und Schlußbestimmungen

Artikel 40

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens werden auch die vor seinem Inkrafttreten nach den Rechtsvorschriften der Vertragsstaaten gegebenen erheblichen Tatsachen berücksichtigt.

(3) Frühere Entscheidungen stehen der Anwendung des Abkommens nicht entgegen.

(4) Renten, die vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens festgestellt sind, können unter dessen Berücksichtigung von Amts wegen neu festgestellt werden. In diesen Fällen gilt der Tag, an dem der Träger das Verfahren einleitet, als Tag der Antragstellung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates. Artikel 33 Absätze 2 und 3 gilt entsprechend.

(5) Ergäbe die Neufeststellung nach Absatz 4 keine oder eine niedrigere Rente, als sie zuletzt für die Zeit vor dem Inkrafttreten dieses Abkommens gezahlt worden ist, so ist die Rente in der Höhe des bisherigen Zahlbetrages weiterzugewähren.

Artikel 41

Das beiliegende Schlußprotokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Artikel 42

Dieses Abkommen wird entsprechend dem Viermächte-Abkommen vom 3. September 1971 in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Finnland innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

IV Osasto

Siirtymä- ja loppumääräyksiä

40 artikla

1) Tämä sopimus ei anna mitään oikeutta vaatia etuuksia sopimuksen voimaantuloa edeltäneeltä ajalta.

2) Tätä sopimusta sovellettaessa otetaan huomioon myös ennen sen voimaantuloa sopimusvaltioiden lainsäädäntöjen mukaan vallinneet merkittävät tosiseikat.

3) Aikaisemmat päätökset eivät estä sopimuksen soveltamista.

4) Ennen tämän sopimuksen voimaantuloa vahvistetut eläkkeet voidaan viran puolesta vahvistaa uudelleen sopimuksen määräykset huomioon ottaen. Tällaisissa tapauksissa katsotaan se päivä, jona vakuutuselin panee menettelyn vireille, hakemuksenjättöpäiväksi toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaan. Vastaavasti sovelletaan 33 artiklan 2 ja 3 kappaletta.

5) Jos 4 kappaleen mukaan tehdystä vahvistamisesta seuraisi, että eläkettä ei saisi lainkaan tai että eläkkeen määrä olisi pienempi kuin viimeksi ennen sopimuksen voimaantuloa maksettu eläke, on eläkettä edelleen maksettava samansuuruisena kuin aikaisemmin.

41 artikla

Oheen liitetty päättöpöytäkirja on tämän sopimuksen erottamaton osa.

42 artikla

Tämä sopimus ulotetaan 3 päivänä syyskuuta 1971 tehdyn neljän vallan sopimuksen mukaisesti, vahvistettuja menettelytapoja noudattaen koskemaan Länsi-Berliiniä, mikäli Saksan Liittotasavallan hallitus ei anna vastakkaista ilmoitusta Suomen hallitukselle kolmen kuukauden kuluessa tämän sopimuksen voimaantulon jälkeen.

Artikel 43

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht werden.

(3) Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das am 18. Juni 1927 unterzeichnete Übereinkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland über Unfallversicherung außer Kraft.

Artikel 44

(1) Das Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalenderjahres kündigen.

(2) Tritt das Abkommen infolge Kündigung außer Kraft, so gelten seine Bestimmungen für die bis dahin erworbenen Leistungsansprüche weiter. Einschränkende Rechtsvorschriften über den Ausschluß eines Anspruchs oder das Ruhen oder die Entziehung von Leistungen wegen des Aufenthaltes im Ausland bleiben für diese Ansprüche unberücksichtigt

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Abkommen unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Helsinki am 23. April 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher und finnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

43 artikla

1) Tämä sopimus on ratifioitava. Ratifioimiskirjat vaihdetaan niin pian kuin mahdollista Bonnissa.

2) Tämä sopimus tulee voimaan ratifioimiskirjojen vaihtokuukautta seuraavan toisen kuukauden ensimmäisenä päivänä.

3) Tämän sopimuksen voimaan tullessa lakkaa Saksan Valtakunnan ja Suomen Tasavallan välillä 18 päivänä kesäkuuta 1927 allekirjoitettu tapaturmavakuutusta koskeva sopimus.

44 artikla

1) Sopimus tehdään määräämättömäksi ajaksi. Kumpikin sopimusvaltio voi irtisanoa sen päättymään kalenterivuoden lopussa kolmen kuukauden irtisanomisajalla.

2) Mikäli sopimuksen voimassaolo päättyy irtisanomisen vuoksi, sen määräykset ovat edelleen voimassa aikaisemmin syntyneisiin oikeuksiin nähden. Rajoittavaa lainsäädäntöä, joka poistaa ulkomailla oleskelun tähden oikeuden etuuteen tai koskee etuuden lepäämistä tai lakkauttamista, ei sovelleta edellä mainittuihin etuuksiin.

TÄMÄN VAKUUDEKSI allekirjoittaneet ovat hallitustensa siihen asianmukaisesti valtuuttamina allekirjoittaneet tämän sopimuksen ja varustaneet sen sineteillään.

TEHTY Helsingissä 23 päivänä huhtikuuta 1979 kahtena alkuperäiskappaleena, kumpikin saksan ja suomen kielellä, molempien tekstien ollessa yhtä todistusvoimaiset.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Saksan Liittotasavallan puolesta
Simon

Für die Republik Finnland
Suomen Tasavallan puolesta
Matti Tuovinen

Schlußprotokoll zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland über Soziale Sicherheit

Bei Unterzeichnung des heute zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Finnland geschlossenen Abkommens über Soziale Sicherheit erklärten die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten, daß Einverständnis über folgendes besteht:

1. Zu Artikel 2 des Abkommens:

   a) Für die in der Bundesrepublik Deutschland bestehende hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und für die Altershilfe für Landwirte gilt Abschnitt II Kapitel 3 des Abkommens mit Ausnahme des Artikels 23 nicht.

   b) Sind nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates außer den Voraussetzungen für die Anwendung des Abkommens auch die Voraussetzungen für die Anwendung eines anderen Abkommens oder einer überstaatlichen Regelung erfüllt, so läßt der Träger dieses Vertragsstaates bei Anwendung des Abkommens das andere Abkommen oder die überstaatliche Regelung unberücksichtigt.

   c) Artikel 2 Absatz 2 des Abkommens und die Bestimmung unter Buchstabe b finden keine Anwendung, soweit die Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit, die sich für die Bundesrepublik Deutschland aus zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht ergeben oder zu deren Ausführung dienen, Versicherungslastregelungen enthalten.

   d) Rechtsvorschriften der Republik Finnland sind auch deren Bestimmungen über die Pflicht zur Entrichtung von Beiträgen zu den in Artikel 2 Absatz 1 Nummer 2 des Abkommens bezeichneten Systemen der Sozialen Sicherheit.

2. Zu Artikel 3 des Abkommens:

   a) Versicherungslastregelungen in den von der Bundesrepublik Deutschland geschlossenen Staatsverträgen bleiben unberührt.

   b) Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates, die die Mitwirkung der Versicherten und der Arbeitgeber in den Organen der Selbstverwaltung der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung der Sozialen Sicherheit gewährleisten, bleiben unberührt.

   c) Finnische Staatsangehörige, die sich gewöhnlich außerhalb der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, sind zur freiwilligen Versicherung in der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland berechtigt, wenn sie zu dieser für mindestens 60 Monate Beiträge wirksam entrichtet haben oder auf Grund übergangsrechtlicher Rechtsvorschriften, die vor dem 19. Oktober 1972 in Kraft waren, zur freiwilligen Versicherung berechtigt waren. Dies gilt auch für die in Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben b und c bezeichneten Flüchtlinge und Staatenlosen, die sich gewöhnlich in der Republik Finnland aufhalten.

   d) Staatsangehörige eines Vertragsstaates, die mit ihren Kindern im anderen Vertragsstaat wohnen oder sich dort gewöhnlich aufhalten, haben hin-

Päättöpöytäkirja Saksan Liittotasavallan ja Suomen Tasavallan väliseen sopimukseen sosiaaliturvasta

Allekirjoittaessaan tänään Saksan Liittotasavallan ja Suomen Tasavallan välillä tehdyn sosiaaliturvasopimuksen sopimusvaltioiden valtuutetut ilmoittivat, että yhteisymmärrykseen on päästy seuraavasta:

1. Sopimuksen 2 artiklan osalta:

   a) Saksan Liittotasavallassa voimassa olevan kaivosteollisuustyöntekijäin lisävakuutuksen ja maanviljelijöiden vanhuusavustuksen osalta sopimuksen II osaston 3 lukua lukuunottamatta 23 artiklaa ei sovelleta.

   b) Jos sopimusvaltion lainsäädännön mukaan sopimuksen soveltamiselle asetetut edellytykset täyttävät myös jonkin toisen sopimuksen tai ylivaltiollisen säännöstön soveltamiselle asetetut edellytykset, jättää tässä sopimusvaltiossa oleva vakuutuselin sopimusta soveltaessaan huomioon ottamatta toisen sopimuksen tai ylivaltiollisen säännöstön.

   c) Sopimuksen 2 artiklan 2 kappaletta ja b kohdan määräystä ei sovelleta, jos sosiaaliturvalainsäädäntö, joka johtuu Saksan Liittotasavallassa valtioiden välisistä sopimuksista tai ylivaltiollisesta oikeudesta tai tarkoittaa näiden soveltamista, sisältää vakuutusvelvollisuussäännöksiä.

   d) Suomen Tasavallan lainsäädäntöön kuuluvat myös määräykset, jotka koskevat sopimuksen 2 artiklan 1 kappaleen 2 kohdassa mainittuihin sosiaaliturvajärjestelmiin kuuluvien maksujen suorittamisvelvollisuutta.

2. Sopimuksen 3 artiklan osalta:

   a) Saksan Liittotasavallan valtiosopimuksiin sisältyvät vakuutusvelvollisuussäännökset pysyvät muuttumattomina.

   b) Sopimusvaltion lainsäädäntö, joka takaa vakuutettujen ja työnantajien myötävaikuttamisen vakuutuselinten ja liittojen itsehallintoelimissä sekä sosiaaliturvan lainkäytössä, pysyy muuttumattomana.

   c) Suomen kansalaisilla, jotka asuvat Saksan Liittotasavallan ulkopuolella, on oikeus kuulua Saksan Liittotasavallan eläkevakuutuksen vapaaehtoiseen vakuutukseen, jos he ovat suorittaneet siihen maksuja vähintään 60 kuukaudelta tai olivat oikeutettuja siihen kuulumaan ennen 19. 10. 1972 voimassa olleiden siirtymäkautta koskevien lainsäännösten nojalla. Tämä koskee myös 3 artiklan 2 kappaleen b ja c kohdassa tarkoitettuja pakolaisia ja kansalaisuudettomia henkilöitä, jotka asuvat Suomen Tasavallassa.

   d) Sopimusvaltion kansalaisilla, jotka asuvat lapsineen toisessa sopimusvaltiossa, on lapsilisän saantiin nähden samat oikeudet ja velvollisuudet kuin

sichtlich der Gewährung von Kindergeld die gleichen Rechte und Pflichten wie die Staatsangehörigen des zuletzt genannten Vertragsstaates. Ergibt sich hiernach ein Anspruch auf Kindergeld in beiden Vertragsstaaten, so ist Kindergeld ausschließlich nach den Vorschriften des Vertragsstaates zu gewähren, in dem die Kinder wohnen oder sich gewöhnlich aufhalten.

viimeksi mainitun sopimusvaltion kansalaisilla. Jos tästä johtuu oikeus saada lapsilisää molemmissa sopimusvaltioissa, on lapsilisä maksettava yksinomaan sen sopimusvaltion säännösten mukaan, jossa lapset asuvat.

3. Zu den Artikeln 4, 18, 22 und 23 des Abkommens:

   Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über Leistungen aus Unfällen (Berufskrankheiten), in deren Zeitpunkt der Verletzte nicht nach Bundesrecht versichert war, und aus Versicherungszeiten, die nicht nach Bundesrecht zurückgelegt sind, werden nicht berührt.

3. Sopimuksen 4, 18, 22 ja 23 artiklan osalta:

   Saksan Liittotasavallan lainsäädäntö, joka koskee etuuksien maksamista tapaturmista (ammattitaudeista), joiden sattuessa loukkaantunut henkilö ei ollut vakuutettu liittovaltion oikeuden mukaan, tai vakuutuskausilta, joita ei ole täytetty liittovaltion oikeuden mukaan, pysyy muuttumattomana.

4. Zu den Artikeln 5 bis 10 des Abkommens:

   Ist eine Person aufgrund des Abkommens wegen der Ausübung einer Beschäftigung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland pflichtversichert, so gelten die Rechtsvorschriften der Republik Finnland über die Versicherungspflicht und über die Beitragspflicht, die sich aus dem für die genannte Beschäftigung bezahlten Lohn ergibt, auch dann nicht, wenn sich die Person gewöhnlich im Gebiet der Republik Finnland aufhält.

4. Sopimuksen 5-10 artiklan osalta:

   Jos henkilö sopimuksesta johtuen on työskentelyn perusteella pakollisesti vakuutettu Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan, Suomen Tasavallan vakuutusvelvollisuutta ja mainitun työskentelyn perusteella maksetun palkan osalta maksuvelvollisuutta koskevaa lainsäädäntöä ei sovelleta silloinkaan, kun hän asuu Suomen Tasavallan alueella.

5. Zu den Artikeln 6 bis 10 und 28 des Abkommens:

   a) Ist eine Person im einen Vertragsstaat beschäftigt und unterliegt sie nach den Artikeln 6 bis 10 den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates, als wäre sie dort beschäftigt, so wird sie so behandelt, als hätte sie dort auch ihren gewöhnlichen Aufenthalt.

   b) Die Eintragung in das Einwohnermelderegister in der Republik Finnland steht der Anwendung der Artikel 6 bis 10 und 28 nicht entgegen.

5. Sopimuksen 6-10 ja 28 artiklan osalta:

   a) Jos henkilö työskentelee sopimusvaltiossa ja kuuluu 6-10 artiklan mukaan toisen sopimusvaltion lainsäädännön piiriin ikään kuin hän olisi siellä työssä, häntä kohdellaan ikään kuin hän myös asuisi siellä.

   b) Henkilön ottaminen väestörekisteriin Suomen Tasavallassa ei ole ristiriidassa 6-10 ja 28 artiklan soveltamisen kanssa.

6. Zu Artikel 9 des Abkommens:

   Die in Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, die am Tage des Inkrafttretens des Abkommens beschäftigt sind, mit diesem Tage.

6. Sopimuksen 9 artiklan osalta:

   Henkilöillä, jotka ovat työsuhteessa sopimuksen voimaantulopäivänä, alkaa 2 kohdassa vahvistettu määräaika tästä päivästä.

7. Zu Artikel 11 des Abkommens:

   a) Für die Anwendung der Rechtsvorschriften der Republik Finnland steht eine Rente nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die Rentenversicherung einer Rente nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland über die Beschäftigtenrentenversicherung gleich.

   b) Bei Zusammentreffen einer Rente nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die Rentenversicherung mit einer Rente nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland über die Unfallversicherung wird bei Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland nur die für die Berechnung der Rente nach diesen Rechtsvorschriften maßgebende Bemessungsgrundlage berücksichtigt.

   c) Artikel 11 berührt nicht die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die Erstattung von Beiträgen aus der gesetzlichen Rentenversicherung im Falle der nicht in Artikel 3 Absatz 2 bezeichneten Personen und im Falle der in Artikel 3 Absatz 2 bezeichneten Personen, die nicht der Beschäftigtenrentenversicherung nach den Rentenvorschriften der Republik Finnland angehören.

7. Sopimuksen 11 artiklan osalta:

   a) Sovellettaessa Suomen Tasavallan lainsäädäntöä rinnastetaan Saksan Liittotasavallan eläkevakuutuslainsäädännön mukainen eläke Suomen Tasavallan työeläkevakuutuslainsäädännön mukaiseen eläkkeeseen.

   b) Jos Saksan Liittotasavallan eläkevakuutuslainsäädännön mukainen eläke sattuu yhteen Suomen Tasavallan tapaturmavakuutuslainsäädännön mukaisen eläkkeen kanssa, otetaan Saksan Liittotasavallan lainsäädäntöä sovellettaessa huomioon ainoastaan ne laskuperusteet, jotka tämän lainsäädännön mukaan ovat määräävät eläkkeen laskemiselle.

   c) Saksan Liittotasavallan lainsäädäntöön ei 11 artiklalla ole vaikutusta maksujen hyvittämisessä lakisääteisestä eläkevakuutuksesta, kun on kysymys 3 artiklan 2 kappaleessa mainitsemattomista henkilöistä ja 3 artiklan 2 kappaleessa mainituista henkilöistä, jotka eivät kuulu työeläkevakuutuksen piiriin Suomen Tasavallan eläkelainsäädännön mukaan.

8. Zu Abschnitt II Kapitel 1 des Abkommens:

a) Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland sind auch die Beträge, die dem Berechtigten vom Träger der Krankenversicherung für Leistungen bei Krankheit erstattet werden.

b) (1) Der Entbindungspauschbetrag nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland und die Leistungen der Mutterschaftshilfe nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland sind Sachleistungen.

(2) Ärztlichen Untersuchungen, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates für die Gewährung der in Absatz 1 bezeichneten Leistungen erforderlich sind, stehen entsprechende Untersuchungen nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates gleich.

8. Sopimuksen II osaston 1 luvun osalta:

a) Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan sairaanhoitoetuuksia ovat myös ne rahamäärät, jotka sairausvakuutusta hoitava vakuutuselin maksaa etuuksina sairauden perusteella niihin oikeutetulle henkilölle.

b) 1) Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukainen synnytysraha ja Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaiset äitiysavustusetuudet ovat sairaanhoitoetuuksia.

2) Lääkärintarkastuksiin, jotka sopimusvaltion lainsäädännön mukaan vaaditaan 1 kohdassa tarkoitettujen etuuksien maksamiseksi, rinnastetaan toisen sopimusvaltion lainsäädännön mukaiset vastaavat tutkimukset.

9. Zu Artikel 12 des Abkommens:

a) Verlegt eine Person, die nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland versichert war, den gewöhnlichen Aufenthalt in die Bundesrepublik Deutschland, so kann sie die Versicherung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland freiwillig fortsetzen. Dabei steht dem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland das Ausscheiden aus der Krankenversicherung nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland gleich. Die Versicherung wird bei der für den Ort des gewöhnlichen Aufenthalts zuständigen Allgemeinen Ortskrankenkasse fortgesetzt. Die Sätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Personen, deren Rechte auf Weiterversicherung sich von der Versicherung einer anderen Person ableiten.

b) Für die Versicherungspflicht und das Recht auf freiwillige Weiterversicherung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die gesetzliche Krankenversicherung sind die nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, soweit sie nicht mit nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland zurückgelegten Versicherungszeiten zusammenfallen.

c) Artikel 12 gilt entsprechend für Leistungen, deren Gewährung nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland im Ermessen eines Trägers liegt.

9. Sopimuksen 12 artiklan osalta:

a) Jos henkilö, joka on ollut vakuutettu Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan, muuttaa asumaan Saksan Liittotasavaltaan, hän voi vapaaehtoisesti jatkaa vakuutusta Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan. Tällöin rinnastetaan Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukainen eroaminen vakuutusvelvollisesta työstä Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaiseen eroamiseen sairausvakuutuksesta. Vakuutusta jatketaan asuinpaikkakunnan asianomaisessa yleisessä sairauskassassa. Edellä sanottu koskee vastaavasti henkilöitä, joiden oikeudet jatkovakuutukseen johtuvat toisen henkilön vakuutuksesta.

b) Päätettäessä Saksan Liittotasavallan lakisääteistä sairausvakuutusta koskevan lainsäädännön mukaan vakuutusvelvollisuudesta ja oikeudesta vapaaehtoiseen jatkovakuutukseen on otettava huomioon Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan täytetyt vakuutuskaudet, sikäli kuin ne eivät ole päällekkäisiä Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan täytettyjen vakuutuskausien kanssa.

c) Vastaavasti 12 artikla koskee etuuksia, joiden myöntäminen riippuu Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan vakuutuselimen harkinnasta.

10. Zu Artikel 14 des Abkommens.

Zum Bezug von Sachleistungen nach den Artikeln 14 und 16 des Abkommens in der Bundesrepublik Deutschland ist berechtigt, wer Familienangehöriger nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland ist. Voraussetzung ist dabei, daß für diesen Familienangehörigen Anspruch auf Familienkrankenhilfe nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland bestünde, wenn die in Artikel 14 des Abkommens bezeichnete Person nach diesen Rechtsvorschriften krankenversichert wäre.

10. Sopimuksen 14 artiklan osalta:

Sopimuksen 14 ja 16 artiklan mukaisiin sairaanhoitoetuuksiin on Saksan Liittotasavallassa oikeus henkilöllä, joka Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan on perheenjäsen. Tällöin edellytetään, että perheenjäsenellä olisi oikeus saada perheille annettavaa sairausavustusta Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan, jos sopimuksen 14 artiklassa tarkoitettu henkilö mainitun lainsäädännön mukaan kuuluisi sairausvakuutuksen piiriin.

11. Zu Artikel 15 des Abkommens:

Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über den Beitragszuschuß zur Krankenversicherung der Rentner gelten nur in bezug auf eine Rente aus der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland.

11. Sopimuksen 15 artiklan osalta:

Saksan Liittotasavallan eläkkeensaajien sairausvakuutuksen maksukorotusta koskevaa lainsäädäntöä sovelletaan ainoastaan Saksan Liittotasavallan eläkevakuutuksen eläkkeeseen.

12. Zu Artikel 16 Absatz 3 und Artikel 21 Absatz 5 des Abkommens:

    a) Hat eine Person nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung des Abkommens Leistungen für einen Schaden zu erhalten, für den ihr nach anderen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland gegen einen Dritten ein Ersatzanspruch zusteht, so geht dieser nach Maßgabe der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland auf den Träger über, der die Leistungen gewährt.

    b) Nach Vorliegen von einen längeren Zeitraum erfassenden Erfahrungen über die Anwendung des Artikels 16 Absatz 3 und des Artikels 21 Absatz 5 werden die Vertragsstaaten gemeinsam prüfen, ob für die Kosten der in diesen Bestimmungen vorgesehenen Leistungen eine andere Regelung getroffen werden soll.

12. Sopimuksen 16 artiklan 3 kappaleen ja 21 artiklan 5 kappaleen osalta:

    a) Jos henkilöllä on Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan sopimus huomioon ottaen saatavana korvauksia vahingosta, josta hänelle Saksan Liittotasavallan muiden säännösten mukaan kuuluu oikeus vaatia vahingonkorvausta kolmannelta henkilöltä, siirtyy korvausvaade Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan sille vakuutuselimelle, joka myöntää korvaukset.

    b) Kun on saatu kokemuksia pitemmältä ajalta 16 artiklan 3 kappaleen ja 21 artiklan 5 kappaleen soveltamisesta, sopimusvaltiot yhdessä tutkivat, onko näissä määräyksissä säädetyistä etuuksista aiheutuvat kustannukset sovittava järjestettäviksi muulla tavoin.

13. Zu Artikel 17 des Abkommens:

    Die Anwendung des Artikels 17 durch die Träger der Republik Finnland setzt voraus, daß die betreffende Person der Krankenversicherung der Republik Finnland angehört.

13. Sopimuksen 17 artiklan osalta:

    Suomen Tasavallan vakuutuselinten soveltaessa 17 artiklaa on edellytyksenä, että asianomainen henkilö kuuluu Suomen Tasavallan sairausvakuutuksen piiriin.

14. Zu Artikel 19 des Abkommens:

    Wirkt sich nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland der Bezug einer Rente aus der Rentenversicherung auf die Höhe der Leistung aus der Unfallversicherung aus, so kommt dieselbe Wirkung dem Bezug einer entsprechenden Rente nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland über die Beschäftigtenrentenversicherung zu.

14. Sopimuksen 19 artiklan osalta:

    Jos Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaisen eläkevakuutuksen eläkkeen määrä vaikuttaa tapaturmavakuutuksen etuuden suuruuteen, tulee sama vaikutus Suomen Tasavallan työeläkevakuutuslainsäädännön mukaiseen vastaavaan eläkkeeseen.

15. Zu Artikel 21 des Abkommens:

    a) Anstelle des in Absatz 2 genannten Trägers der Bundesrepublik Deutschland kann der Träger der Unfallversicherung der Bundesrepublik Deutschland die Leistung erbringen, der zuständig wäre, wenn über den Leistungsanspruch nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland zu entscheiden wäre.

    b) Zuständige Stelle für die in Absatz 3 vorgesehenen Leistungen ist in der Bundesrepublik Deutschland der Träger der Unfallversicherung, in der Republik Finnland das vom Verband der Unfallversicherungsanstalten bestimmte Versicherungsunternehmen.

15. Sopimuksen 21 artiklan osalta:

    a) Saksan Liittotasavallassa olevan 2 kappaleessa mainitun vakuutuselimen sijasta etuuden voi suorittaa se Saksan Liittotasavallassa oleva tapaturmavakuutuksen vakuutuselin, joka olisi asianomainen, jos oikeudesta saada etuus olisi päätettävä Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan.

    b) Saksan Liittotasavallassa tapaturmavakuutuksen vakuutuselin ja Suomen Tasavallassa Tapaturmavakuutuslaitosten Liiton määräämä vakuutuslaitos ovat ne asianomaiset elimet, jotka suorittavat 3 kappaleessa tarkoitetut etuudet.

16. Zu Artikel 24 des Abkommens:

    a) Den nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland anrechnungsfähigen Versicherungszeiten stehen für die Berücksichtigung bei Anwendung der Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland Kalenderjahre des gewöhnlichen Aufenthalts in der Republik Finnland nur dann gleich, wenn sie nach Vollendung des sechzehnten Lebensjahres vor dem 8. Juli 1961 zurückgelegt wurden und wenn die betreffende Person während dieser Jahre der staatlichen Einkommensteuer in der Republik Finnland unterlag.

    b) Für die Gewährung des Leistungszuschlags nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland über die knappschaftliche Rentenversicherung bleiben die nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland anrechnungsfähigen Versicherungszeiten unberücksichtigt.

16. Sopimuksen 24 artiklan osalta:

    a) Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan hyväksi laskettaviin vakuutusaikoihin rinnastetaan Saksan Liittotasavallan lainsäädäntöä sovellettaessa huomioon otettaviksi Suomen Tasavallassa asutut kalenterivuodet vain, jos ne täyttyivät 16 vouden iän saavuttamisen jälkeen ennen 8 heinäkuuta 1961 ja jos asianomainen henkilö näiden vuosien aikana kuului Suomen Tasavallassa valtion tuloverotuksen piiriin.

    b) Myönnettäessä lisäetuutta Saksan Liittotasavallan kaivostyöntekijäin eläkevakuutusta koskevan lainsäädännön mukaan jätetään Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan hyväksi laskettavat vakuutusajat huomioon ottamatta.

c) Artikel 24 gilt in der Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland für Leistungen, deren Gewährung im Ermessen des Trägers liegt, entsprechend.

17. Zu Artikel 25 des Abkommens:

Die nach den Rechtsvorschriften der Republik Finnland zurückgelegten Versicherungszeiten bleiben auch bei der Mindestzahl von Versicherungsjahren als Voraussetzung für die Berechnung der Rente nach Mindesteinkommen nach den Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland unberücksichtigt.

18. Zu Artikel 28 des Abkommens:

a) Bei Anwendung des Artikels 28 wird vorübergehender Aufenthalt außerhalb der Republik Finnland nicht als Unterbrechung angesehen, wenn der Aufenthalt nicht länger als vier Monate gedauert hat. Dies gilt auch bei längerer Dauer des Aufenthalts außerhalb der Republik Finnland, wenn besondere Gründe bestehen; als solche können die Gesamtdauer des Aufenthalts in der Republik Finnland und die Gründe für den Aufenthalt außerhalb der Republik Finnland angesehen werden.

b) Im Falle des Absatzes 4 wird bei Zahlung der Kinderrente in die Bundesrepublik Deutschland die Teuerungsklasse III zugrunde gelegt.

c) Hat sich eine in Artikel 28 Absatz 1 bezeichnete Person oder ein in Artikel 28 Absatz 3 oder Absatz 4 bezeichneter Verstorbener vor dem 8. Juli 1961 weniger als fünf Jahre lang ununterbrochen in der Republik Finnland aufgehalten, so wird, wenn die Person oder der Verstorbene während dieser Zeit in der Republik Finnland beschäftigt und besteuert gewesen ist, bei Anwendung des Artikels 28 Absätze 2 bis 4 die Dauer dieses Aufenthalts doppelt berücksichtigt. Die Bestimmung unter Buchstabe a dieser Nummer ist anzuwenden.

d) Einer in Artikel 3 Absatz 2 Buchstaben a, b oder c bezeichneten Person, der auch unter Berücksichtigung des Artikels 3 Absatz 2 keine Invaliditätsrente nach dem Volksrentengesetz der Republik Finnland zusteht, kann bei gewöhnlichem Aufenthalt in der Republik Finnland oder in der Bundesrepublik Deutschland der Grundteil der Invaliditätsrente gezahlt werden, wenn sich diese Person vor dem 8. Juli 1961 länger als zwei Jahre und sechs Monate ununterbrochen in der Republik Finnland aufgehalten hat und dort während dieser Zeit beschäftigt und besteuert gewesen ist. Voraussetzung ist ferner, daß der Grundteil der Invaliditätsrente für den Lebensunterhalt benötigt wird. Liegen besondere Umstände vor, so kann bei Anwendung des Satzes 1 ein Aufenthalt von zwei Jahren und sechs Monaten als ausreichend angesehen werden. Die Bestimmung unter Buchstabe a dieser Nummer ist anzuwenden.

e) Die Regierung der Republik Finnland wird auf Vorschlag der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mit dieser Verhandlungen aufnehmen, wenn das Volksrentengesetz oder das Familienrentengesetz der Republik Finnland reformiert wird oder wenn die Republik Finnland in bezug auf eines dieser Gesetze mit einem anderen Staat eine im Vergleich zu dem Abkommen günstigere Regelung vereinbart.

c) Saksan Liittotasavallan eläkevakuutuksessa 24 artiklaa sovelletaan vastaavasti etuuksiin, joiden myöntäminen riippuu vakuutuselimen harkinnasta.

17. Sopimuksen 25 artiklan osalta:

Suomen Tasavallan lainsäädännön mukaan täytetyt vakuutuskaudet jätetään huomioon ottamatta myös, kun on kysymys niiden vakuutusvuosien vähimmäismäärästä, jotka ovat edellytyksenä vähimmäistulon mukaisen eläkkeen laskemiselle Saksan Liittotasavallan lainsäädännön mukaan.

18. Sopimuksen 28 artiklan osalta:

a) Sovellettaessa 28 artiklaa ei tilapäistä oleskelua Suomen Tasavallan ulkopuolella katsota keskeytykseksi, jos oleskelu ei ole kestänyt yli neljä kuukautta. Tämä koskee myös pitempiaikaista oleskelua Suomen Tasavallan ulkopuolella, jos siihen on olemassa erityisiä syitä. Sellaisina syinä voidaan pitää Suomen Tasavallassa oleskelun yhteispituutta ja syitä, jotka ovat aiheuttaneet Suomen Tasavallan ulkopuolella oleskelun.

b) Tapauksessa, jota 4 kappaleessa tarkoitetaan, otetaan lapseneläkettä Saksan Liittotasavaltaan maksettaessa perustaksi III kalleusluokka.

c) Jos 28 artiklan 1 kappaleessa tarkoitettu henkilö tai 28 artiklan 3 tai 4 kappaleessa tarkoitettu vainaja on ennen 8 heinäkuuta 1961 asunut Suomen Tasavallassa yhdenjaksoisesti viittä vuotta lyhyemmän ajan, otetaan sovellettaessa 28 artiklan 2-4 kappaletta tämä asumisaika kaksinkertaistettuna huomioon, jos henkilö tai vainaja tuona aikana työskenteli ja häntä verotettiin Suomen Tasavallassa. Tämän numeron a kohdan määräystä sovelletaan.

d) Henkilölle, jota tarkoitetaan 3 artiklan 2 kappaleen a, b tai c kohdassa ja jolle Suomen Tasavallan kansaneläkelain mukaan ei kuulu työkyvyttömyyseläkettä 3 artiklan 2 kappalekin huomioon ottaen, voidaan maksaa työkyvyttömyyseläkkeen perusosa henkilön asuessa Suomen Tasavallassa tai Saksan Liittotasavallassa, jos tämä henkilö on ennen 8 heinäkuuta 1961 asunut yhdenjaksoisesti yli kaksi vuotta kuusi kuukautta Suomen Tasavallassa ja tänä aikana on työskennellyt ja verotettu siellä. Lisäksi edellytetään, että työkyvyttömyyseläkkeen perusosa on tarpeen elämistä varten. Erityisolosuhteiden vallitessa voidaan ensimmäistä lausetta sovellettaessa katsoa kahden vuoden kuuden kuukauden asuminen riittäväksi. Tämän numeron a kohdan määräyksiä sovelletaan.

e) Suomen Tasavallan hallitus ryhtyy Saksan Liittotasavallan hallituksen esityksestä tämän kanssa neuvotteluihin, jos Suomen Tasavallan kansaneläkelakia tai perhe-eläkelakia uudistetaan tai jos Suomen Tasavalta sopii jonkun toisen valtion kanssa jommankumman lain osalta tähän sopimukseen verrattuna edullisemmasta järjestelystä.

19. Zu Artikel 30 des Abkommens:

    Sonstige Forderungen im Sinne des Artikels 30 Absatz 1 sind auch die in Artikel 37 bezeichneten Ersatzansprüche.

20. Bei der Anwendung des Abkommens werden Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland, soweit sie für Personen, die wegen ihrer politischen Haltung oder aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung geschädigt worden sind, günstigere Regelungen enthalten, nicht berührt.

19. Sopimuksen 30 artiklan osalta:

    Muita vaatimuksia, joita 30 artiklan 1 kappaleessa tarkoitetaan, ovat myös 37 artiklassa tarkoitetut korvausvaateet.

20. Sopimusta sovellettaessa ei puututa Saksan Liittotasavallan lainsäädäntöön, mikäli se sisältää edullisempia järjestelyjä henkilöiden kohdalla, jotka ovat kärsineet vahinkoa poliittisen mielipiteen tai rodun, uskonnon tai maailmankatsomuksen vuoksi.

GESCHEHEN zu Helsinki am 23. April 1979 in zwei Urschriften, jede in deutscher und finnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

TEHTY Helsingissä 23 päivänä huhtikuuta 1979 kahtena alkuperäiskappaleena, kumpikin saksan ja suomen kielellä, molempien tekstien ollessa yhtä todistusvoimaiset.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Saksan Liittotasavallan puolesta
Simon

Für die Republik Finnland
Suomen Tasavallan puolesta
Matti Tuovinen

Denkschrift zum Abkommen

Das Abkommen regelt in umfassender Weise die Beziehungen zwischen den beiden Staaten im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung, Unfallversicherung und Rentenversicherung. Es begründet unter Wahrung des Grundsatzes der Gegenseitigkeit Rechte und Pflichten von Einwohnern beider Staaten in bezug auf die innerstaatlichen Rechtsvorschriften über Soziale Sicherheit im Rahmen des sachlichen Geltungsbereichs des Abkommens.

Die Bestimmung des Artikels 1 enthält die Erläuterungen der in den nachfolgenden Bestimmungen wiederholt verwendeten Begriffe. Die Vorschrift soll die Anwendung des Abkommens erleichtern.

Die Bestimmung des Artikels 2, die durch Nummer 1 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt den sachlichen Geltungsbereich des Abkommens fest und nennt die innerstaatlichen Rechtsvorschriften, auf die sich das Abkommen bezieht. Nach Artikel 2 Abs. 2 gehören zu diesen Rechtsvorschriften nicht die Vorschriften aus anderen zwischenstaatlichen Verträgen oder überstaatlichem Recht eines der Staaten. In Nummer 1 Buchstabe b des Schlußprotokolls ist klargestellt, daß bei Anwendung des Abkommens nicht gleichzeitig andere Abkommen oder eine überstaatliche Regelung eines Vertragsstaates Anwendung finden.

Artikel 2 umfaßt auch die künftig in Kraft tretenden einschlägigen Rechtsvorschriften.

Die in Nummer 1 Buchstabe a des Schlußprotokolls getroffene Regelung ergibt sich daraus, daß die hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung und die Altershilfe für Landwirte nicht in die innerstaatlichen Vorschriften über die Wanderversicherung einbezogen sind.

Artikel 3 Abs. 1 nennt die Personen, für die das Abkommen gilt.

Artikel 3 Abs. 2 enthält den Grundsatz der Gleichbehandlung der Staatsangehörigen beider Staaten. Das Recht auf Gleichbehandlung wird auch bestimmten weiteren Personengruppen zuerkannt.

Zu Artikel 3 sind unter Nummer 2 des Schlußprotokolls ergänzende Regelungen enthalten. Die Bestimmung unter Buchstabe c war im Hinblick auf das Rentenreformgesetz vom 16. Oktober 1972 (BGBl. I S. 1965) erforderlich. Die Bestimmung unter Buchstabe d sieht auch für die Gewährung von Kindergeld Gleichbehandlung nach dem Recht des Staates vor, in dem der Berechtigte wohnt.

Der Grundsatz der uneingeschränkten Gewährung von Geldleistungen und Renten in den anderen Vertragsstaat ist für die Krankenversicherung in Artikel 17, für die Unfallversicherung in den Artikeln 18 und 22 sowie für die Rentenversicherung in Artikel 23 geregelt. In bezug auf Geldleistungen bei Invalidität, Alter und an Hinterbliebene sowie die Renten und einmaligen Geldleistungen bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten ist die Aufhebung der innerstaatlichen Beschränkungen der Rechte bei Auslandsaufenthalt unter Wahrung der Gegenseitigkeit nur in bezug auf die in Artikel 3 Abs. 2 genannten Personengruppen gerechtfertigt. Für die Gleichstellung von Staatsangehörigen dritter Staaten fehlt es an einer entsprechenden Gegenleistung der dritten Staaten.

Artikel 4 sieht vor, daß bei Aufenthalt in dritten Staaten finnische Staatsangehörige Leistungen unter denselben Voraussetzungen erhalten wie deutsche Staatsangehörige und umgekehrt.

Zu den Artikeln 4, 18, 22 und 23 enthält Nummer 3 des Schlußprotokolls eine ergänzende Regelung.

Die Bestimmungen der Artikel 5 bis 10 enthalten Regelungen darüber, welche Rechtsvorschriften bei einer Kollision der deutschen und finnischen Rechtsvorschriften anzuwenden sind. Dadurch wird eine Doppelversicherung vermieden.

Artikel 5 enthält eine Kollisionsnorm, die im Verhältnis zum anderen Vertragsstaat für die Anwendung des deutschen Rechts von dem räumlichen Anknüpfungspunkt des Beschäftigungsverhältnisses, für die Anwendung des finnischen Rechts teilweise vom Ort des gewöhnlichen Aufenthalts einer Person, teilweise vom Beschäftigungsverhältnis ausgeht.

Die Artikel 6 bis 8 enthalten Regelungen für die üblichen Ausnahmefälle.

Die Bestimmung in Artikel 9, die durch Nummer 6 des Schlußprotokolls ergänzt wird, berücksichtigt die Besonderheiten des bei den amtlichen Vertretungen der Vertragsstaaten beschäftigten Personals.

Artikel 10 beruht auf der Erwägung, daß mitunter die auf Grund der Kollisionsnormen der Artikel 5 bis 9 mehr oder weniger schematisch vorgenommene Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften nicht zu befriedigenden Ergebnissen führt. Zu den Artikeln 6 bis 10 ist unter Nummer 5 des Schlußprotokolls eine ergänzende Regelung enthalten.

Nach der Bestimmung des Artikels 11, die durch Nummer 7 des Schlußprotokolls ergänzt wird, sind gewisse rechtserhebliche Tatbestände aus dem Bereich des anderen Staates denen im Bereich des eigenen Staates gleichgestellt. Mit der Regelung werden in bestimmtem Umfang Besserstellungen des Berechtigten vermieden, die sich aus dem Versicherungsablauf innerhalb der Systeme beider Staaten ergeben.

Die Artikel 12 bis 17 enthalten in Verbindung mit den Nummern 8 bis 13 des Schlußprotokolls die besonderen Bestimmungen über die Krankenversicherung.

Insbesondere bestimmt Artikel 13, daß den nach den Rechtsvorschriften über die Krankenversicherung

eines Vertragsstaates versicherten Personen unter näher festgelegten Voraussetzungen bei vorübergehendem Aufenthalt im anderen Vertragsstaat dort Sachleistungen nach dessen Rechtsvorschriften erbracht werden.

Die Artikel 18 bis 22 in Verbindung mit den Nummern 3, 14 und 15 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Unfallversicherung. Insbesondere bestimmt Artikel 21, daß Personen, die wegen eines Arbeitsunfalls oder einer Berufskrankheit Anspruch auf Sachleistungen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates haben, diese bei Aufenthalt im anderen Vertragsstaat dort nach dessen Rechtsvorschriften erhalten.

Die Artikel 23 bis 28 in Verbindung mit den Nummern 5 und 16 bis 18 des Schlußprotokolls enthalten die besonderen Regelungen für die Rentenversicherung.

Insbesondere bestimmt Artikel 24, daß Versicherungszeiten, die in der deutschen und finnischen Rentenversicherung zurückgelegt worden sind, für die Erfüllung des Leistungsanspruchs, also vor allem der Wartezeit, zusammengerechnet werden.

Die Bestimmung des Artikels 28, die durch Nummer 18 des Schlußprotokolls ergänzt wird, legt fest, daß unter bestimmten Voraussetzungen die finnische Volksrente auch an deutsche Staatsangehörige mit gewöhnlichem Aufenthalt außerhalb der Republik Finnland zu zahlen ist.

Die Artikel 29 bis 39 enthalten die auch sonst üblichen Regelungen für das Zusammenwirken der in den beiden Staaten mit der Durchführung des Abkommens betrauten Stellen.

Die im Wiener Übereinkommen vom 24. April 1963 über konsularische Beziehungen (BGBl. 1969 II S. 1585) getroffenen Regelungen bleiben unberührt.

Die Artikel 40 bis 44 enthalten die üblichen Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Nach Artikel 43 Abs. 3 tritt das Übereinkommen vom 18. Juni 1927 zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Finnland über Unfallversicherung (RGBl. 1928 II S. 20, BGBl. 1957 II S. 1675) außer Kraft, da es durch das neue, umfassendere Abkommen abgelöst wird.

Die Bestimmung unter Nummer 20 des Schlußprotokolls soll sicherstellen, daß innerstaatliches deutsches Wiedergutmachungsrecht, soweit es günstigere Regelungen enthält, dem Abkommen vorgeht.

Bn 023091 5. 80